



Stellungnahme zum Deutschen
Institut für Internationale Politik
und Sicherheit der Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP),
Berlin

**Wissenschaftspolitische Stellungnahme zum
Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin**

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	5
A. Kenngrößen.....	6
B. Aufgaben.....	6
C. Forschung und wissenschaftsbasierte Dienstleistungen	7
D. Organisation und Ausstattung	9
E. Stellungnahme und Empfehlungen	10
Anlage: Bewertungsbericht zum Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin (Drs. 6948-05)	15

Vorbemerkung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat den Wissenschaftsrat im Mai 2004 gebeten, Empfehlungen zur Ressortforschung des Bundes zu erarbeiten und in diesem Zusammenhang exemplarisch eine Reihe von Instituten zu evaluieren.

In seiner Sitzung vom Oktober 2004 hat der Ausschuss Ressortforschung des Wissenschaftsrates beschlossen, das Bewertungsverfahren zum Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in der ersten Jahreshälfte 2005 durchzuführen, und eine entsprechende Bewertungsgruppe eingesetzt. In dieser Bewertungsgruppe haben auch Sachverständige mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet. Die Bewertungsgruppe hat die SWP am 24./25 Juni 2005 besucht und auf der Grundlage dieses Besuchs sowie der vom Institut vorgelegten Informationen den vorliegenden Bewertungsbericht vorbereitet.

Der Ausschuss Ressortforschung des Wissenschaftsrates hat auf der Grundlage dieses Bewertungsberichts am 29. November 2005 den Entwurf der wissenschaftspolitischen Stellungnahme erarbeitet.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 19. Mai 2006 verabschiedet.

Übergreifende Empfehlungen zur künftigen Entwicklung der Ressortforschung des Bundes, die insbesondere zu Aufgaben und Rahmenbedingungen der Ressortforschung sowie zur Notwendigkeit eigenständiger wissenschaftlicher Forschung in diesen Einrichtungen Stellung nehmen, wird der Wissenschaftsrat im Anschluss an die Einzelbegutachtungen vorlegen. Der Wissenschaftsrat geht davon aus, dass mögliche, insbesondere finanzwirksame Beschlüsse, die die Ressortforschung des Bundes insgesamt betreffen, erst nach Vorlage der übergreifenden Empfehlungen gefasst werden können.

A. Kenngrößen

Die SWP wurde 1962 als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Sie ist Trägerin des Instituts für Internationale Politik und Sicherheit. Stiftung und Forschungsinstitut bilden eine organisatorische Einheit. Die SWP wird seit 1965 aus Bundesmitteln finanziert und ist beim Bundeskanzleramt als Ressortforschungseinrichtung etatisiert. Sie bildet keinen Teil der Bundesverwaltung und unterliegt als Stiftung nicht der Fach- und Dienstaufsicht des Bundeskanzleramts.

Der Haushalt der SWP umfasste 2005 ohne Drittmittel 10,12 Mio. Euro. Den größten Teil des Etats bildeten die allgemeinen Zuweisungen des Bundeskanzleramts. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von 19.900 Euro stammten aus Zinserträgen des Stiftungskapitals. Für Personalausgaben wurden 2005 mit 7,3 Mio. Euro etwa 72 % des Grundhaushalts verausgabt.

Zwischen 2002 und 2004 warb die SWP Drittmittel in Höhe von 2,7 Mio. Euro ein. Stiftungen und der Bund bildeten mit 1,13 Mio. Euro beziehungsweise 1,1 Mio. Euro die beiden größten Drittmittelgeber. Der Hauptanteil der Drittmittelleinwerbung entfiel in diesem Zeitraum auf die Institutsleitung (893.000 Euro) sowie auf die beiden Forschungsgruppen „Globale Fragen“ (473.000 Euro) und „Amerika“ (315.000 Euro).

Die SWP verfügte 2005 über 145,5 grundfinanzierte Stellen, davon 62 Stellen für wissenschaftliches Personal. Zusätzlich zu den 145 Beschäftigten auf institutionellen Stellen wurden 26 Mitarbeiter¹ aus Drittmitteln finanziert, darunter 13 Doktoranden. Alle drittmittelfinanzierten sowie elf grundfinanzierte Stellen waren 2005 befristet besetzt.

B. Aufgaben

Gemäß § 2 der Stiftungssatzung vom November 2000 ist es Zweck der SWP, „im Benehmen mit dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung wissenschaftliche Untersuchungen auf den Gebieten der internationalen Politik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel der Politikberatung auf der Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Forschung durchzuführen und in geeigneten Fällen zu veröffentlichen.“ Hierzu arbeitet das Institut mit deutschen und ausländischen Institutionen der Wissen-

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit sind hier und im Folgenden nicht die männliche und weibliche Sprachform nebeneinander aufgeführt. Personenbezogene Aussagen, Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen gelten aber stets für Frauen und für Männer.

schaft, Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen. Soweit die Stiftungsmittel dies gestatten, können auch einschlägige wissenschaftliche Vorhaben Dritter in geeigneter Weise gefördert werden.

Aufgrund der Stiftungskonstruktion genießt die SWP eine weit gehende Autonomie bei der Erledigung der Aufgaben.

C. Forschung und wissenschaftsbasierte Dienstleistungen

Die SWP hat sich aufgrund ihrer umfassenden außen- und sicherheitspolitischen Kompetenz zur zentralen Beratungseinrichtung für Bundestag und Bundesregierung in internationalen Fragen entwickelt. Das Institut verbindet überzeugend unabhängige Eigenforschung mit wissenschaftsbasierten Dienstleistungen für Politik und teilweise auch für Dritte. Die SWP-Produkte werden von Parlament und Exekutive intensiv nachgefragt. Durch sein umfangreiches Beratungs- und Veranstaltungsangebot fungiert das Institut als wichtiges Verbindungsglied zwischen Theorie und Praxis von Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist maßgeblich an der Vernetzung von Experten aus internationaler Politik und Sicherheit in Deutschland beteiligt.

Das Forschungsprogramm der SWP zeichnet sich durch klar umrissene Themen und Fragestellungen aus. Die Themenselektion erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Relevanz für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Der Prozess der Themenfindung ist im Hinblick auf die Verbindung von Wissenschaft und außenpolitischer Praxis vorbildlich. Die Mitarbeiter sind bei der Themenentwicklung grundsätzlich frei, erhalten aber regelmäßig wichtige Anregungen von Regierung, Parlament und Dritten durch deren Einbindung in die Themenplanung.

Die Forschungsprojekte der SWP sind insgesamt kohärent aufeinander bezogen. Mit der Kombination von regionalen Aspekten mit Querschnittsanalysen gelingt es dem Institut weit gehend, dem breiten Themenspektrum deutscher Außen- und Sicherheitspolitik gerecht zu werden. Stellenweise ist – wie im Falle der Forschungsgruppen Russland/GUS und Asien – der Themenzuschnitt aber noch nicht voll überzeugend. Hier bereitet ein teilweise unsystematisches Nebeneinander von regional- und politikwissenschaftlichen Fragestellungen Probleme. Auch dominieren stellenweise zu kurzfristige Themen das Forschungsprogramm, was das ansonsten überzeugende Profil der SWP als strategischer „Think Tank“ beeinträchtigt.

Eigenforschung und wissenschaftsbasierte Dienstleistungen der SWP erfolgen auf einer tragfähigen theoretischen und methodischen Grundlage. Das wissenschaftliche Personal in den acht Forschungsgruppen berücksichtigt durchgehend die aktuellen theoretischen, methodischen und thematischen Diskussionen in den für sie einschlägigen Disziplinen und trägt selbst zu wichtigen neuen Erkenntnissen in den jeweiligen „scientific communities“ bei. Angesichts der Vielzahl der im Themenfeld von Außen- und Sicherheitspolitik versammelten Disziplinen verzichtet die SWP auf einen verbindlichen theoretischen Gesamtansatz, wobei die daraus resultierende methodische Pluralität Probleme in Fragen der theoretischen Kohärenz und Transparenz mit sich bringen kann.

Die überzeugende Forschungs- und Beratungsarbeit der SWP findet ihren Niederschlag in einer qualitativ und quantitativ beachtlichen Publikationstätigkeit. Die SWP-Forschungsgruppen bedienen eine große Bandbreite an Veröffentlichungsformaten, in denen die hauseigenen Schriften dominieren. Die Forschungsleistungen der SWP werden insgesamt national und international beachtet. Das Institut dringt aber nicht in dem Maße mit seinen Forschungsergebnissen in der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit durch, wie es wünschenswert wäre. Lediglich 20 Printveröffentlichungen erschienen 2002 bis 2004 in referierten Zeitschriften.

Im Hinblick auf Forschungs- und Lehrkooperationen ist die SWP mit nationalen und internationalen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen weit reichend vernetzt. Die SWP unterhält zu den wichtigsten europäischen und außereuropäischen Beratungs- und Forschungseinrichtungen wissenschaftliche Kooperationen. Die Forschungskontakte zu osteuropäischen Einrichtungen sind dagegen noch ausbaufähig.

Zusätzlich zu den Forschungs Kooperationen zeichnet sich die SWP durch umfangreiche Lehrtätigkeiten der Mitarbeiter an den Berliner Universitäten aus. Der erfreulich hohe Vernetzungsgrad zwischen Forschungsinstitut und Universitäten schließt jedoch keine gemeinsame Berufung von Leitungspersonal mit ein. Einen besonders wichtigen Beitrag leistet die SWP beim personellen Austausch zwischen außen- und sicherheitspolitischer Forschung und Praxis durch das System von gegenseitigen Abordnungen zwischen Forschungsinstitut, Ministerien und Streitkräften.

D. Organisation und Ausstattung

Die Gliederung der SWP in einen Forschungs-, einen Fachinformations- und einen Servicebereich ist im Hinblick auf die vielfältigen Forschungs- und Beratungsaufgaben angemessen. Die unterschiedlichen Arbeitseinheiten der SWP sind gut miteinander vernetzt, die ehemals unzureichende Kommunikation zwischen Forschungsgruppen und Fachinformationsbereich wurde verbessert. Dank der Kombination von institutionalisierten Forschungsgruppen und zeitlich begrenzten Projektgruppen sind Kontinuität in der Forschung und Flexibilität in der Themenfindung in ausreichendem Maße gewährleistet. Durch die jüngst erfolgte Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats neben dem Stiftungsrat erhält die SWP eine wissenschaftliche Begleitung ihrer Arbeit durch auswärtige Sachverständige, die zu weiterer Qualitätssteigerung beitragen kann.

Die Koordination der Forschungs- und Beratungsarbeit erfolgt überzeugend zwischen Institutsdirektion und Forschungsgruppen- sowie Fachinformationsleitung. Die hälftige Aufteilung der zweiten stellvertretenden Institutsleiterstelle zwischen wissenschaftlichen und administrativen Aufgaben ist aber angesichts der Größe und der Forschungsintensität der SWP nicht angemessen. Zudem besteht die Gefahr, dass aufgrund der fehlenden öffentlichen Ausschreibung von Leitungsstellen und das Fehlen einer gemeinsamen Berufung mit einer Universität Möglichkeiten einer noch engeren Anbindung des Instituts an nationale und internationale Entwicklungen ungenutzt bleiben.

Die Qualität von Forschung und wissenschaftsbasierten Dienstleistungen wird durch ein umfassendes System von internen und externen Evaluationsinstrumenten gesichert. Durch das mehrstufige interne Begutachtungsverfahren für eigene Publikationen und die jährliche Evaluation der Forschungsgruppen durch die Institutsleitung gelingt es der Einrichtung sehr gut, ihr hohes wissenschaftliches Niveau zu halten. Mit der Einrichtung eines Forschungsbeirates ist zudem gewährleistet, dass die Arbeit der SWP regelmäßig den Qualitätsanforderungen der „scientific community“ unterliegt.

Die SWP verfügt über eine ausreichende finanzielle Grundausstattung. Seitens des Zuwendungsgebers werden aber Möglichkeiten einer flexiblen Budgetierung zu wenig genutzt. Besonders problematisch ist die vom Bundeskanzleramt geübte Praxis, die Grundfinanzierung in Relation zur Höhe jener eingeworbenen Drittmittel zu reduzieren, die nicht ausschließlich für zusätzliche Projekte verwendet werden. Damit wird insgesamt die Attraktivität der Drittmittelwerbung für die Einrichtung gemindert.

Die Personalstruktur der SWP ist weit gehend ausgeglichen. Neben einer angemessenen Altersstruktur werden auch erste Erfolge bei der Förderung von Mitarbeiterinnen sichtbar. Zudem bietet das Institut eine Reihe von Möglichkeiten der wissenschaftlichen Weiterqualifikation für die Beschäftigten des Forschungsbereichs an. Der Anteil an befristet beschäftigten Wissenschaftlern entspricht mit etwa 11 % jedoch nicht den Notwendigkeiten einer für die zukünftige Themenplanung hinreichend flexiblen Personalstruktur.

Die Personalausstattung der SWP ist mit der durch den Zuwendungsgeber bis 2006 veranlassten Sperrung von fünf Mitarbeiterstellen angesichts des Aufgabenspektrums der SWP unbefriedigend. Die fehlenden Mitarbeiterstellen wirken sich vor allem auf die Arbeit in den Forschungsgruppen „Globale Fragen“, „Amerika“, „Asien“ sowie „Naher Osten und Afrika“ aus. Zudem muss die SWP seit 2001 auf die durch das ehemalige Sitzland Bayern finanzierte Forschungsprofessur verzichten, die ein wichtiges Instrument zur zeitlich begrenzten Einbindung wissenschaftlicher Experten in die Institutsarbeit darstellte.

E. Stellungnahme und Empfehlungen

Die Aufgabe der SWP, wissenschaftliche Untersuchungen auf den Gebieten der internationalen Politik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel der Politikberatung zu betreiben, hat sich im Rahmen der Bundesressortforschung bewährt. Zwar wäre die Eingliederung der SWP in den Kontext universitärer beziehungsweise außeruniversitärer Forschung ohne Ressortanbindung grundsätzlich denkbar. Aufgrund ihrer Stellung als Stiftung bürgerlichen Rechts sowie als Forschungsinstitut, das im Benehmen mit Bundestag und Bundesregierung Themen entwickelt, ist es der SWP aber möglich, die unterschiedlichen Interessen eines breiten Nutzerkreises zu berücksichtigen. Dadurch ist die SWP in der Lage, wissenschaftliche Autonomie mit den Nutzerinteressen zu verbinden. Zudem gelingt es dem Institut, durch die Integration einer Vielzahl unterschiedlicher Disziplinen in die Politikberatungsarbeit qualitativ herausragende außen- und sicherheitspolitische Expertisen in einer in Deutschland einzigartigen wissenschaftlichen Einrichtung zu bündeln und zügig der Politik zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung hat im Hinblick auf die Themengenerierung und ihr Verhältnis zum übergeordneten Ressort eine plausible und tragfähige Lösung gefunden.

Der hohe Forschungsanteil entspricht im Falle der SWP den Anforderungen einer guten wissenschaftsbasierten Politikberatung. Angesichts der schwierigen Vorhersagbarkeit internationaler Entwicklungen ist es notwendig, ein breites Spektrum an forschungsbasierten Expertisen zu einzelnen Ländern, Regionen und außen- beziehungsweise sicherheitspolitischen Querschnittsthemen ungeachtet tagespolitischer Fragen vorzuhalten. Der große Anteil an Eigenforschung und deren enge Vernetzung mit den wissenschaftsbasierten Dienstleistungen gewährleisten die notwendige wissenschaftliche Kompetenz bei der Beratung von Regierungs- und Parlamentsvertretern. Eine Politikberatung auf Grundlage von hauptsächlich extramural vergebenen Studien würde die Forschungsanbindung des SWP-Personals und deren Fähigkeit zu kompetenten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen jenseits der aktuellen Forschungsergebnisse schwächen.

Angesichts der insgesamt überzeugenden wissenschaftlichen Qualität von Forschung und wissenschaftsbasierten Dienstleistungen beziehen sich die inhaltlichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates auf Teilaspekte der SWP-Arbeit:

- Hinsichtlich des thematischen Zuschnitts der SWP-Forschung besteht in den Forschungsgruppen „Russland/GUS“ und „Asien“ die Notwendigkeit einer klareren Schwerpunktbildung. Vor allem sollte die thematische und organisatorische Ausrichtung der Forschungsgruppe „Russland/GUS“ im Hinblick auf die postsowjetischen Strukturen neu überdacht werden. Im Falle der Forschungsgruppe „Asien“ ist zu überlegen, wie der derzeit starken Konzentration auf einzelne Staaten und Regionen durch länderübergreifende Querschnittsthemen begegnet werden kann.
- Grundsätzlich hat sich in der SWP die Einrichtung von Projektgruppen als Instrument zur flexiblen Themensteuerung bewährt, die vor allem länderübergreifende Aspekte berücksichtigen. Wenn möglich sollten bestehende Projektgruppen ausgebaut und neue eingerichtet werden. Zukünftig ist auch auf eine ausreichende Berücksichtigung von prospektiven Themen bei der Arbeitsplanung zu achten. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in diesem Fall eine Ausweitung des Orientierungsrahmens von zwei auf fünf Jahren.
- In methodischer Hinsicht gilt für alle Forschungsgruppen der SWP, die Kohärenz von regional- und politikwissenschaftlichen Fragestellungen insbesondere bei multidisziplinär angelegten Forschungsprojekten kritisch zu überprüfen. In den SWP-

Studien sollte darauf geachtet werden, die stellenweise nur impliziten Theoriebezüge für nicht-wissenschaftliche Leser hinreichend transparent zu machen.

Im Hinblick auf die Veröffentlichungspraxis empfiehlt der Wissenschaftsrat, die für Politik und Wissenschaft gleichermaßen interessanten Forschungsergebnisse der SWP verstärkt auch in die fachwissenschaftliche Öffentlichkeit hineinzutragen. Hierfür sollte vor allem der Anteil an Publikationen in referierten Zeitschriften erhöht werden.

Der Wissenschaftsrat unterstützt die in der SWP angestoßenen Überlegungen bezüglich der zukünftigen strategischen Ausrichtung des Instituts auf europäischer Ebene. Die SWP sollte vor allem prüfen, inwieweit durch strategische Partnerschaften und Kooperationen mit anderen europäischen Beratungseinrichtungen genügend Synergien für eine europäische außen- und sicherheitspolitische Beratung freigesetzt werden können. Dabei ist darauf zu achten, dass die Identität der SWP als Beratungseinrichtung für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nicht geschwächt wird.

Die umfangreiche Forschungsarbeit innerhalb der SWP stellt besondere Anforderungen an die strategische Entwicklung und die interne Koordination. Die im Bereich der Institutsleitung hierfür bereitgestellten personellen Ressourcen sind unzureichend. Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Einführung der Position eines hauptamtlichen Forschungsdirektors, wie sie bei vergleichbaren wissenschaftlichen Einrichtungen üblich ist. Hierzu sollte die zweite stellvertretende Institutsleiterstelle zu einer hauptamtlichen Leitungsstelle ausgebaut werden, deren Schwerpunkt im Bereich der Forschungsstrategie und -koordination liegen muss. Die SWP sollte prüfen, zukünftig die Stellen des Institutsdirektors und des Forschungsdirektors im Rahmen einer gemeinsamen Berufung mit einer der Berliner Universitäten zu besetzen. Voraussetzung hierfür sind Berufungsverfahren, die Zügigkeit und Transparenz gewährleisten und vor allem für internationale Experten aus Wissenschaft und Praxis internationaler Politik und Sicherheit offen stehen. Hausberufungen sollten künftig vermieden werden.

Bei der Berufung von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats sollte der Stiftungsrat die verstärkte Anwerbung von Experten aus dem Ausland anstreben.

Die durch den Zuwendungsgeber vorgegebenen Haushaltsregeln sind im Hinblick auf die Aufgaben der SWP nicht zielführend. Der Wissenschaftsrat hält es für erforderlich, starre kameralistische Vorgaben vor allem hinsichtlich der gegenseitigen Deckungsfä-

higkeit verschiedener Haushaltstitel soweit zu flexibilisieren, dass die Institutsleitung freier über die Verwendung der Mittel entscheiden kann. Zudem muss es der SWP zukünftig möglich sein, akquirierte Drittmittel ohne Anrechnung auf die Zuwendung des Bundeskanzleramts auch dann einzubehalten, wenn damit Kernaufgaben des Instituts finanziert werden.

ANLAGE

**Bewertungsbericht zum
Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin**

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	17
A. Darstellung	19
A.I. Entwicklung und Aufgaben	19
I.1. Entwicklung	19
I.2. Aufgaben	20
I.3. Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Bereiche	21
A.II. Organisation und Ausstattung	25
II.1. Struktur und Organisation	25
II.2. Ausstattung	29
A.III. Arbeitsschwerpunkte	32
III.1. Forschungsleistungen	32
III.2. Wissenschaftsbasierte Dienstleistungen	40
A.IV. Künftige Entwicklung	45
B. Bewertung	47
B.I. Aufgaben und wissenschaftliche Bedeutung	47
B.II. Schwerpunkte der Forschungsgruppen	51
B.III. Organisation und Ausstattung	56
B.IV. Veröffentlichungen	59
B.V. Kooperationen	61
B.VI. Zusammenfassung	62
Anhang	67
Abkürzungsverzeichnis	75

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit dem Institut abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung der wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale wieder.

A. Darstellung

A.I. Entwicklung und Aufgaben

I.1. Entwicklung

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) wurde 1962 als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts in München auf Privatinitiative hin gegründet. Die Stiftung sollte als Dachorganisation für eine Reihe von geplanten Forschungsinstituten dienen. Jedoch wurde ausschließlich das „Forschungsinstitut der SWP“ verwirklicht, so dass mittlerweile Stiftung und Institut identisch sind. Der Deutsche Bundestag beschloss im Januar 1965, das Forschungsinstitut künftig aus dem Bundeshaushalt zu fördern. Seitdem wird das Institut zum größten Teil aus Mitteln des Bundeskanzleramts finanziert, ohne dass es in die Bundesverwaltung überführt wurde.

Sitz des Instituts war bis 2000 Ebenhausen bei München. Mit dem Umzug nach Berlin 2001 wurden auf Beschluss des Stiftungsrates das früher beim Bundesministerium des Inneren etatisierte Kölner „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ (BIOST) sowie die gegenwartsbezogene Abteilung des Münchner „Südost-Instituts“ (SOI) in die SWP integriert.² Zugleich wurde das Forschungsinstitut umbenannt zu „Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik“.

Die SWP hat sich nach eigenen Angaben zum größten „Think Tank“ im Bereich Internationaler Beziehungen in der Europäischen Union entwickelt. In Europa existiere kein vergleichbares Institut mit einem ausdrücklichen Mandat zur Beratung von Regierung und Parlament. Allenfalls das EU-Institut für Sicherheitsstudien in Paris sei insofern vergleichbar, als es den Hohen Vertreter der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik berät. Von vergleichbaren internationalen Einrichtungen unterscheide sich die SWP zum einen durch ihr spezifisches Beratungsmandat, zum anderen durch die Beschränkung auf Außen- und Sicherheitspolitik. Bei manchen anderen amerikanischen Einrichtungen (z.B. American Enterprise Institute, Heritage Foundation, CatoInstitute) sei der Trend zum „advocacy think tank“ zu beobachten, also zu einer ideologisch-politischen Ausrichtung, nicht, wie die SWP es betreibe, zu nicht parteigebundener Analyse.

² Ein Abkürzungsverzeichnis befindet sich im Anhang.

I.2. Aufgaben

Die SWP ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, deren Aufgabe darin besteht, im Benehmen mit dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung wissenschaftliche Untersuchungen auf den Gebieten der internationalen Politik sowie der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel der Politikberatung auf Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Forschung durchzuführen. Die Beratungstätigkeit der SWP für Bundesregierung und Bundestag zu außen- und sicherheitspolitischen Themen erfolgt durch SWP-Papiere, Dokumentationen, Hintergrundgespräche, persönliche Briefings und Kolloquien. Zudem werden die Forschungsergebnisse in einer Reihe von so genannten „SWP-Produkten“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die SWP betreibt keine Auftragsforschung, sondern entwickelt in Absprache mit Regierung und Parlament selbstständig ihr Forschungsprogramm. Als wissenschaftliche Einrichtung leistet sie Beiträge zur Vorbereitung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen und Stellungnahmen der Regierung und des Parlaments, indem sie die in wissenschaftlicher und politischer Unabhängigkeit gewonnenen Erkenntnisse in den administrativen Entscheidungsprozess hineinträgt. Sie steht zudem in einer Mittlerposition zwischen akademischer Forschung und politischer Praxis, in der sie Instrumente entwickelt, Wissenschaft für die Bedürfnisse politischer Entscheidungsfindung nutzbar zu machen.

Eigene Forschung bildet den zentralen Aspekt des Aufgabenspektrums der SWP. Etwa 60 % ihrer Forschungstätigkeit wenden die Mitarbeiter für Forschungen auf, die sich auf den strategischen, mittel- bis langfristigen Entscheidungsbedarf beziehen, 25 % für den unmittelbaren operativen Bedarf und etwa 15 % für eher generelle Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Im gesamten Leistungsspektrum der SWP nimmt die reine Forschung im Falle des Forschungsbereichs etwa 45 % ein, wohingegen der Politikberatung im engeren Sinne 25 %, der Öffentlichkeitsarbeit 10 %, der Ausbildung 7 % und sonstigen Leistungen 13 % zukommen. Im Bereich der Fachinformationen spielt die Forschung (5 %) neben Ausbildung (7 %) und sonstigen Leistungen (13 %) eine untergeordnete Rolle. Die Informationsbeschaffung (45 %) und -dienstleistungen für die Bundesministerien und den Bundestag (30 %) bilden den Hauptanteil der Aktivitäten.

In diesem Aufgabenspektrum gibt es – so das Institut – partielle thematische Überschneidungen mit regionalwissenschaftlich orientierten Einrichtungen sowie mit außen-, sicherheits- und friedenspolitischen Forschungsinstituten wie der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M., der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin oder dem Centrum für Angewandte Politikforschung (C.A.P.), München. Diese Überschneidungen seien aber vor dem Hintergrund zu sehen, dass die SWP einen spezifischen Ansatz der Themenselektion unter dem Gesichtspunkt der Relevanz für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt. Zudem solle der regelmäßige Austausch mit anderen Forschungseinrichtungen gewährleisten, dass Überschneidungen aufgrund der in der Sache gegebenen Themenvielfalt zu Komplementarität der jeweiligen Forschungsthemen und -produkte führen. Im Falle des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn sei insoweit eine gewollte Arbeitsteilung gegeben, als die SWP bewusst auf Untersuchungen im engeren Bereich der Entwicklungsforschung verzichtet und immer wieder in gemeinsamen Projekten den Anschluss an die Arbeiten der jeweils anderen Einrichtung suche.

I.3. Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Bereiche

Die SWP ist in einen Forschungs-, einen Fachinformations- sowie in einen Servicebereich gegliedert. Der Forschungsbereich umfasst derzeit acht Gruppen zu verschiedenen außen- und sicherheitspolitischen Themen. Ihnen sind sechs Referate des Fachinformationsbereichs zugeordnet (vgl. Anhang 1), die über die Schwerpunkte der Forschungsgruppen hinaus eine dokumentarische Abdeckung thematischer und geographischer Bereiche leisten. Im Organisationsdiagramm der SWP nicht verzeichnet sind zudem die gegenwärtig sechs Projektgruppen. Sie beschäftigen sich mit jenen aktuellen Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, die einen Querschnitt zu den acht Forschungsbereichen und der Fachinformationsabteilung bilden.

Forschungsbereich

Der Forschungsbereich bildet den Kernbereich der Forschungs- und Politikberatungsarbeit der SWP. Der Bereich ist in Regionen (Europa, Amerika, Russland/GUS, Naher Osten und Afrika, Asien) und in Regionen übergreifende Themen der Sicherheitspolitik und der globalen Fragen unterteilt.

Die beiden europapolitischen Forschungsgruppen behandeln zum einen den Prozess der europäischen Integration, worunter vor allem Grundsatzfragen der Kompetenzen, Handlungsfähigkeit und Grenzen der EU besonders im Hinblick auf konstitutionelle Fragen der Erweiterung, Struktur prägende Entwicklungen in einzelnen Politikfeldern, sowie deutsche beziehungsweise europäische Interessen und Zielvorstellungen fallen. Die Forschungsgruppe „EU-Außenbeziehungen“ befasst sich zum anderen mit Grundsatzthemen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wie Konfliktprävention und Krisenmanagement, aber auch mit konkreten außenpolitischen Projekten der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik beispielsweise gegenüber der Türkei und dem westlichen Balkan, mit den Beziehungen der EU zu internationalen Organisationen und Regionalgruppen sowie mit der europäischen Handels- und Entwicklungspolitik.

Die anderen regionalen Forschungsgruppen decken Länder außerhalb der EU ab. So stehen in der Forschungsgruppe „Amerika“ die Außen- und Sicherheitspolitik der USA und deren innenpolitische Beeinflussung, die US-amerikanische Binnen- und Außenwirtschaft, aber auch die euro-atlantischen sowie die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen im Vordergrund. Die Forschungsgruppe „Russland/GUS“ konzentriert sich auf die Entwicklung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands, der Ukraine, Weißrusslands sowie der kaukasischen und zentralasiatischen Staaten, wobei der Schwerpunkt auf Herrschaftsstrukturen, Parteien, Bewegungen und Elitenbildung liegt. Die Länder der so genannten Dritten Welt werden von den Forschungsgruppen „Naher Osten und Afrika“, „Amerika“ (Lateinamerika) und „Asien“ abgedeckt. Hier stehen sicherheitspolitische Fragen wie die der Konfliktbewältigung, der Transformation, der Staats- und Nationenbildung, der Demokratieförderung, der Elitenbildung, des Einflusses von Religion auf Innen- und Außenpolitik sowie die Lage in besonderen Krisenherden wie Irak, Nahost und Sudan sowie Kaschmir, Afghanistan oder der Straße von Taiwan im Vordergrund.

Die Regionen übergreifenden Forschungsgruppen der SWP umfassen die Sicherheitspolitik und globale Fragen, die nicht zuletzt seit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 neue Bedeutung erhielten. Die Regionen übergreifenden Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik“ beinhaltet die Entwicklung und die Perspektiven der europäischen und atlantischen Sicherheitssysteme, die Transformation von Streitkräften und die Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungspolitik sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgewählter europäischer Staaten. Hierbei kommt der deutschen

Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor allem hinsichtlich der Rolle der Bundeswehr besondere Bedeutung zu. Die Forschungsgruppe Globale Fragen bearbeitet schwerpunktmäßig Analysen und Strategien zur internationalen Umwelt- und Ressourcenpolitik, zur globalen Wirtschafts- und Finanzordnung, zu Problemen von fragiler Staatlichkeit, internationalem Terrorismus und der Privatisierung von Gewalt sowie Fragen der zukünftigen Rolle der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.

Fachinformationsbereich

Der Fachinformationsbereich der SWP unterstützt die Forschungsarbeit und die Beratungsleistungen der acht Forschungsgruppen und der Projektgruppen durch Literatur- und Pressedokumentationen. Als Dienstleister orientiert sich der Bereich vorrangig am Forschungsbedarf der SWP. Seine Aufgabe besteht hauptsächlich in der Beschaffung, Verwaltung und Nutzbarmachung von Informationen und Dokumenten aus allen Themenbereichen des Instituts. Darüber hinaus bietet der Bereich Fachinformationsdienstleistungen für politische Institutionen aus dem Themenfeld Außen- und Sicherheitspolitik an und übernimmt Infrastrukturaufgaben für den Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen, den die SWP zusammen mit elf weiteren Forschungseinrichtungen unterhält.

Der Fachinformationsbereich umfasst die einzelnen Fachreferate, die Bibliothek sowie das technische Management. Die Fachreferate sind ähnlich wie die Forschungsgruppen in sachbezogene, Regionen übergreifende und in regionalbezogene Referate aufgeteilt. Thematisch verwandte Forschungsgruppen und Fachinformationsreferate sind angehalten, ihre Arbeit miteinander zu koordinieren.

Projektgruppen

Die Projektgruppen stellen ein in den letzten Jahren verstärkt eingesetztes Instrument der SWP dar, um das Aufgabenspektrum zügig um neue Themen ergänzen und die Arbeit der einzelnen Forschungsgruppen besser miteinander vernetzen zu können. Die Projekte konzentrieren sich auf aktuelle Querschnittsthemen und werden in Kooperation mit nationalen und internationalen Einrichtungen durchgeführt. So verband das mittlerweile abgeschlossene Projekt „CONVEU-30“, das die dritte Stufe des europäischen Verfassungsgebungsprozesses wissenschaftlich begleitete, Themen der Forschungsgruppen „EU-Integration“ und „EU-Außenpolitik“. Die Projektgruppe „States-at-Risk“ verzahnt globale Sicherheits- und Wirtschaftsfragen, indem sie Phänomene fragiler

Staatlichkeit anhand von Fallstudien analysiert und Handlungskonzepte für die deutsche Außenpolitik entwickelt, um staatliche Strukturen nachhaltig zu stärken.

Eine weitere Form von Projektgruppen dient als Dialogforum für aktuelle Fragen von Außenpolitik und internationalen Beziehungen. So stellt die Gruppe „International Network to Advance Climate Talks“ (INTACT) seit 2001 ein Forum für die transatlantische Diskussion über den Klimawandel dar mit dem Ziel, den Austausch zwischen Repräsentanten aus Politik, Industrie und Wissenschaft über Handlungsmöglichkeiten gegen den Klimawandel beiderseits des Atlantiks zu organisieren. Der „Transatlantic Foreign Policy Discourse“ (TFPD) bietet als Plattform die Gelegenheit zum Ideenaustausch zwischen europäischen und US-amerikanischen Meinungsmachern zum Zustand der transatlantischen Beziehungen und der zukünftigen Weltordnung. Bei der „Waldbröl-Group“ handelt es sich um einen 1998 gegründeten Gesprächskreis von europäischen und US-amerikanischen Wissenschaftlern mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft asiatischer Staaten. Ergänzend besteht das „Forum Ebenhausen“, eine Art Förderkreis für Partner und Freunde der SWP, das den Dialog zwischen Mitarbeitern des Instituts, qualifizierten Fachleuten von außen sowie Repräsentanten von Politik und Wirtschaft fördert.

Die Projektgruppe „European Information Network International Relations and Area Studies“ (EINIRAS) beschäftigt sich mit dem Aufbau eines arbeitsteiligen und integrierten Fachinformationssystems europäischer Forschungsinstitute für Internationale Politik. Ziel ist es, das Angebot an fachlich umfassender und inhaltlich differenzierter Information für die politische Praxis, Forschung und Lehre, Medien, Wirtschaft und Öffentlichkeit zu erweitern. Zudem sollen mit einer neuen Datenbank auch die europäischen Forschungsergebnisse auf dem internationalen Fachinformationsmarkt besser berücksichtigt werden.

Servicebereich

Der Servicebereich der SWP setzt sich aus dem Forschungssekretariat, dem Sekretariat „Veranstaltungen und Besucher“, der Verwaltung, dem Personal- sowie dem IT-Referat zusammen. Seine Aufgabe ist die Unterstützung von Leitung und Forschungsbereich beziehungsweise Fachinformation in der Wahrnehmung der verschiedenen Aufgaben.

A.II. Organisation und Ausstattung

II.1. Struktur und Organisation

Als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts nimmt die SWP unter der Mehrheit der Ressortforschungsanstalten, die als nicht rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts organisiert sind, eine Sonderstellung ein. Sie ist kein Teil der Bundesverwaltung. Die gegebene Rechtsform wurde unter anderem gewählt, um neben einer stabilen und intensiven Zusammenarbeit mit dem Parlament und der Regierung gleichzeitig die wissenschaftliche Unabhängigkeit sichtbar zu machen.

a) Koordination zwischen Bund und Einrichtung

Die SWP ist beim Bundeskanzleramt etatisiert, das Amt übt aber keine formelle Rechts- oder Fachaufsicht aus. Als institutioneller Zuwendungsempfänger unterliegt die SWP jedoch dem Zuwendungsrecht. Vertreter der Bundesministerien und des Bundestags nehmen als Mitglieder des Stiftungsrats neben Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft gemeinschaftlich Aufsichtsfunktionen im Rahmen der Stiftungssatzung wahr. Die direkte Koordination zwischen Bundeskanzleramt und Einrichtung bezieht sich derzeit vor allem auf den Haushalt, die Bewirtschaftung des Stellenplanes und die Einführung von Kosten-Leistungs-Rechnung.

Ähnlich verhält es sich bei der Koordination zwischen den Ministerien, dem Bundestag und der SWP bei der Themenidentifikation. Die SWP betreibt keine Auftragsforschung, sondern entwickelt ihre Themen eigenständig im Kontext eines Orientierungsrahmens, der Anregungen aus der Politik aufnimmt. Darüber hinaus entscheidet die SWP eigenen Angaben nach autonom über die Annahme von Anfragen von Bundestag und Bundesregierung, wobei das Bundeskanzleramt als zuständiges Ressort keine Projekte im wettbewerblichen Verfahren ausschreibt, auf die sich die SWP bewerben könnte. Aus Sicht der Stiftung erschweren die Notwendigkeit des Vorhaltens von Informationen und die Kurzfristigkeit der meisten Anfragen seitens der Ministerien eine Ausschreibung von Projekten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Ausnahme stellen Projektzusammenarbeiten mit dem Bundesverteidigungsministerium dar, die teilweise öffentlich ausgeschrieben werden.

b) Leitungsorganisation

Aufgrund der Identität von Stiftung und Institut bilden der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand als Organe der Stiftung und die Institutsleitung gemeinsam die Leitungsorgane der SWP. Der Stiftungsrat der SWP besteht aus einem Präsidenten, dessen beiden Stellvertretern unter anderem in Person des Chefs des Bundeskanzleramts und einer variierenden Zahl weiterer Mitglieder (derzeit 19). Er tagt zweimal jährlich. Die Amtsdauer der Stiftungsratsmitglieder beträgt zwei Jahre, wobei eine Verlängerung auf bis zu zehn Jahre möglich ist. Sieben Mitglieder des Stiftungsrates, hauptsächlich Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichem Leben, werden vom Stiftungsrat kooptiert. Jede Bundestagsfraktion stellt je ein weiteres Mitglied. Schließlich beruft der Chef des Bundeskanzleramts weitere sieben Mitglieder aus den Ressorts Auswärtiges, Verteidigung, Wirtschaft und Arbeit, Finanzen, Bildung und Forschung sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den Stiftungsrat. Der Stiftungsrat bestellt und kontrolliert den Stiftungsvorstand, den Direktor des Instituts sowie dessen Stellvertreter. Er entscheidet über die Entwicklung des Instituts und muss seine Zustimmung für alle Einstellungen ab der Vergütungsgruppe I BAT geben. Beschlüsse zur Bestellung der Mitglieder des Stiftungsrats bedürfen der Zweidrittelmehrheit, sonstige Beschlüsse der einfachen Mehrheit.

Der Stiftungsvorstand setzt sich aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter sowie einem weiteren Mitglied zusammen, die beide nicht Mitglieder des Stiftungsrats sind, aber an dessen Sitzungen teilnehmen. Der Vorsitzende ist in Personalunion der Direktor des Instituts. Der Stiftungsvorstand führt die Geschäfte der Stiftung und sorgt für die Umsetzung der Beschlüsse des Stiftungsrats. Er verwaltet zudem die Stiftungsmittel und stellt den Wirtschaftsplan sowie den Jahresbericht auf.

Die Institutsleitung wird vom Direktor, dem auf Vorschlag des Direktors vom Stiftungsrat bestellten stellvertretenden Direktor sowie von einem weiteren von der Leitung in eigener Verantwortung berufenem Mitglied gestellt, das die Hälfte seiner Arbeitszeit Leitungsaufgaben widmet. Die Institutsleitung führt alle Verwaltungsaufgaben durch und überwacht die laufenden Arbeiten des Forschungs- und Fachinformationsbereichs. Sie entscheidet zudem über Projektanträge des Instituts bei Forschungsförderungseinrichtungen sowie über die Verwendung zusätzlicher Mittel des Bundes oder von Dritten.

Auch obliegt ihr die Entscheidung über die Herausgabe beziehungsweise Veröffentlichung von schriftlichen Aufzeichnungen der Mitarbeiter.

Der Stiftungsrat beruft den Institutsdirektor auf fünf Jahre, wobei eine Verlängerung der Amtszeit möglich ist. Die Stelle des Direktors wurde in der Vergangenheit nicht öffentlich ausgeschrieben. Vielmehr hat der Stiftungsrat bei bisherigen Neubesetzungen der Stelle aus dem Kreis seiner Mitglieder eine Findungskommission gebildet, die mögliche Kandidaten ermittelt und dem Stiftungsrat vorgeschlagen hat. Dabei ließ sich die Findungskommission bei der letzten Kandidatensuche von folgenden Kriterien leiten:

- wissenschaftliche Reputation,
- gute Managementfähigkeit,
- breite internationale Erfahrung und Vernetzung, sowie
- Erfahrung für die Repräsentation der SWP im politischen und öffentlichen Raum sowie im wissenschaftlichen Umfeld.

Berufungen innerhalb des Hauses sind möglich. Am 1. Oktober 2005 übernahm PD Dr. Volker Perthes, bisheriger Leiter des Forschungsbereichs „Naher Osten und Afrika“, die Institutsleitung von Dr. Christoph Bertram.

Der stellvertretende Institutsleiter wird auf Vorschlag des Direktors vom Stiftungsrat bestellt, wobei auch hier bisher keine Ausschreibung stattgefunden hat. Die Leiter der Forschungsgruppen und deren Stellvertreter, des Servicebereichs, des Forschungssekretariats und der jüngst wiederbesetzte Leiter des Fachinformationsbereichs werden durch den Institutsdirektor ernannt, soweit sie nicht nach Vergütungsgruppe I BAT vergütet werden und ihre Bestellung damit dem Stiftungsrat vorbehalten ist.

Zur internen Koordination der Arbeit in der SWP stehen der Institutsleitung mehrere Instrumente zur Verfügung. Zur Führung der Geschäfte trifft sich die Institutsleitung in der Regel einmal wöchentlich unter Leitung des Direktors. Zur Beratung aller wichtigen forschungsadministrativen, -strategischen und institutspolitischen Fragen sowie zur Koordination von Forschungsbereich, Fachinformationsabteilung und Servicebereich tritt der Forschungsrat einmal wöchentlich unter Leitung des Institutsdirektors zusammen. Der Forschungsrat besteht aus der Institutsleitung, der Leitung der Forschungsgruppen, der Fachinformationsleitung, der Servicebereichsleitung und der Leitung des Forschungssekretariats.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter bearbeiten alle für sie relevanten Themen in eigener wissenschaftlicher Verantwortung und genießen eine weit gehende Autonomie bei der Arbeitsorganisation, dem Forschungsmanagement und der Organisation ihrer Außenkontakte. Dabei werden die Wissenschaftler von Forschungs- und Büroassistenzen unterstützt. Die Führungs- und Leitungsverantwortlichkeit für jede Forschungsgruppe liegt bei der Gruppenleitung, die sich gegenüber der Institutsleitung zu verantworten hat. Die Gruppenleitung entscheidet über die Aufgabenverteilung innerhalb der Forschungsgruppen, über den Einsatz der Forschungs- und Büroassistenzen, über die Arbeitsplanung und über die Verwendung der ihr für operative Maßnahmen direkt zugewiesenen Haushaltsmittel. Zudem hat sie ein Empfehlungsrecht bei allen Personalfragen und bei Stellenbesetzungen.

Projektgruppen werden durch die Institutsleitung nach Beratung im Forschungsrat zu einem begrenzten Thema für eine begrenzte Zeit eingesetzt. Die administrative und inhaltliche Führung liegt beim Projektleiter, wobei die Projektgruppenmitglieder organisatorisch weiterhin den Forschungsgruppen zugeordnet sind.

c) Themenplanung und wissenschaftliche Begleitung

Die Themenplanung der SWP vollzieht sich in einem dreistufigen Verfahren. Die langfristige Planung (zwei Jahre) ist im vom Stiftungsrat zu billigenden Orientierungsrahmen festgelegt. Die mittelfristige Planung (ein Jahr) erfolgt durch den von jedem Forschungsgruppenleiter für seinen Bereich erstellten Jahresplan, der von der Leitung genehmigt wird. Die kurzfristige Forschungsplanung (sechs Monate) geschieht im so genannten Arbeitsplan (Datenbank), in den jeder wissenschaftliche Mitarbeiter sein spezifisches Vorhaben zur Genehmigung durch die Leitung einträgt. Anregungen für diese Planung werden aus dem engen Gesprächskontakt mit den zuständigen Personen in Parlament und Bundesministerien, in Fachkonferenzen und internationalen Dialogforen geschöpft.

Der Entwurf wird in der so genannten Dialoggruppe bestehend aus Vertretern der außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramts, den Forschungsbeauftragten der im Stiftungsrat vertretenen Ressorts sowie den außenpolitischen Referenten der Bundestagsfraktionen besprochen und nötigenfalls mit Änderungen an die Leitung der SWP zurückgegeben. Auf dieser Grundlage erstellt die Institutsleitung die Vorlage für den

Orientierungsrahmen, der im Stiftungsvorstand und im Stiftungsrat beraten und nötigenfalls mit Veränderungen beschlossen wird.

Der Orientierungsrahmen bildet den Referenzpunkt für das individuelle Arbeitsprogramm der Wissenschaftler des Instituts, das mit dem Forschungsgruppenleiter abgestimmt wird und innerhalb dessen die Wissenschaftler ihre Forschungsaufgaben wahrnehmen. Die Forschungsgruppenleitung erstellt auf der Grundlage der individuellen Arbeitsprogramme einen Arbeitsplan für die jeweilige Forschungsgruppe, dessen Entwicklung regelmäßig mit dem Orientierungsrahmen abgeglichen und im Forschungsrat mit der Institutsleitung beraten wird.

Seitens der SWP wird die Organisation der Themenplanung und der Aufgabenerfüllung als zweckmäßig betrachtet. Die Institutsleitung erhalte genügend Handlungsspielraum bei der Geschäftsführung, ohne den Stiftungsrat bei wichtigen Entscheidungen auszuschließen. Bei der konkreten Aufgabenerfüllung sei es von Vorteil, dass sich die Forschungsplanung nicht an den Vorgaben der Organisationsstruktur des Hauses, sondern an den inhaltlichen Schwerpunkten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik orientiert, da die individuellen Arbeitspläne innerhalb der Forschungsgruppen an den Orientierungsrahmen angebunden sind.

II.2. Ausstattung

a) Mittel

Die SWP verfügte im Jahr 2004 über Einnahmen von 9,99 Mio. Euro, wobei ca. 9,9 Mio. Euro aus allgemeinen Zuweisungen des Bundes bestanden, die zu 99 % die Grundfinanzierung bildeten. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 8.600 Euro stammten überwiegend aus den Zinsen des Stiftungskapitals (derzeit ca. 51.300 Euro). Für Personalausgaben wurden mit 7,4 Mio. Euro etwa 75 % der verfügbaren Mittel verausgabt. Die SWP hatte 2004 zweckgebundene, Haushaltsjahre übergreifende Projektfördermittel, sowie Beiträge Dritter für Sonderforschungsvorhaben in Höhe von 836.000 Euro zur Verfügung.

Die institutionelle Förderung des Bundes richtet sich in der Mittelbewirtschaftung nach den Vorgaben der kameralistischen Haushaltsführung. Eine Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung durch einen Globalhaushalt sowie eine höhere Transparenz des Mit-

teleinsatzes durch eine Kosten-Leistungsrechnung wird seitens der SWP angestrebt und ist Gegenstand von Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt.

b) Personal

Im Jahr 2004 waren 148 Mitarbeiter an der SWP tätig. Dem Institut stehen aus der Grundfinanzierung insgesamt 146,5 Stellen zur Verfügung, davon 63 für wissenschaftliches Personal (vgl. Anhang 2). Von den 63 Stellen für wissenschaftliches Personal waren 53,2 tatsächlich besetzt, von den 83,5 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal 64,5. Zusätzlich wurden 30 wissenschaftliche Mitarbeiter, darunter 15 Doktoranden, aus Drittmitteln finanziert.

Auf alle Mitarbeiter der SWP findet der BAT Anwendung, für die abgeordneten Beamten des ehemaligen BIOST gelten entsprechend die beamtenrechtliche Vorschriften. Alle 30 drittmittelfinanzierten Mitarbeiter- sowie sieben grundfinanzierte Mitarbeiterstellen (11,11 %) sind befristet besetzt (vgl. Anhang 3). In der SWP arbeiten 88 Wissenschaftler (Stand 2004), darunter 15 Doktoranden. Der Frauenanteil unter den Wissenschaftlern beträgt 25,8 %. Mit Ausnahme der unter Dreißigjährigen verteilt sich das wissenschaftliche Personal relativ homogen auf die verschiedenen Altersgruppen bei einem leichten Übergewicht der unter Fünfzigjährigen. Der überwiegende Teil des wissenschaftlichen Personals (63) arbeitet nicht länger als fünf Jahre in der SWP. Die Politikwissenschaft stellt mit 52,3 % die größte Gruppe, gefolgt von der Wirtschaftswissenschaft (10,3 %), der Philosophie und anderen Sozialwissenschaften (je 9 %). 15 Mitarbeiter (17 %) stammen aus anderen Fachrichtungen.

In den Jahren 2002 bis 2004 kam es zu keiner Änderung im Stellenplan. Jedoch entsprach der tatsächliche Personalbestand im Jahr 2004 aufgrund der globalen Minder Ausgaben nicht den Zielvorgaben des Stiftungsrates. Ungeachtet dessen wurde das Forschungsprogramm 2003/2004 unter der Maßgabe einer vollständigen Stellenbesetzung formuliert. Die entstandenen Lücken konnten in der Regel durch Einbezug externen Sachverständs sowie durch flexiblen Einsatz von SWP-Personal geschlossen werden. Für die Forschungsbereiche „Amerika“ und „Russland/GUS“ strebt die SWP eine Verstärkung des Personalbestands an.

Neue wissenschaftliche Mitarbeiter gewinnt die SWP hauptsächlich von Universitäten und anderen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Im Rahmen der Be-

schäftigung wissenschaftlicher Fachdokumentare kooperiert die SWP zudem mit dem Institut für Information und Dokumentation (IID) in Potsdam. Bei der Rekrutierung von wissenschaftlichem Personal stellt sich aus Sicht der SWP das Problem, dass die einschlägigen universitären Studiengänge die Absolventen nur ungenügend auf eine Tätigkeit im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung vorbereiten.

Aufgrund des allgemein guten Rufs bereitet es – so die SWP – wenige Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal am Institut zu halten. Von den Wissenschaftlern, die zwischen 2002 und 2004 das Institut verlassen haben, sind zehn aus Altersgründen ausgeschieden, zwei haben Rufe an Universitätslehrstühle, zwei die Leitung an anderen Forschungseinrichtungen angenommen. Vier nahmen eine vergleichbare wissenschaftliche Tätigkeit an einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung an.

Die SWP bemüht sich, durch die geplante Einrichtung der Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten sowie durch einen Gleichstellungsplan Mitarbeiterinnen gezielt zu fördern. Zudem soll die Altersstruktur dadurch verbessert werden, dass durch Altersfluktuation freiwerdende Stellen zuvorderst mit Nachwuchswissenschaftlern besetzt werden.

Weil die SWP die Kosten für den Umzug nach Berlin (rund 3,5 Mio. Euro) nicht aus zusätzlichen Bundesmitteln erstattet bekam, sondern ratenweise aus ihrem laufenden Haushalt tragen musste, sieht die mittelfristige Finanzplanung die Freigabe von fünf gesperrten Planstellen ab 2007 vor.

c) Räumliche Ausstattung

Nach dem Umzug von Ebenhausen nach Berlin sind die Liegenschaften der SWP in einem Altbau mit angrenzendem Neubau in Berlin-Wilmersdorf konzentriert. Nach der Gesamtanierung verfügt die SWP über ca. 5.700 m² Haupt- und Nebennutzfläche bei einer Gesamtfläche von 10.000 m². 190 Arbeitsplätze sind auf 165 Büroräume verteilt, für Konferenzen und Besprechungen stehen zudem acht größere Räume zur Verfügung. Die SWP verfügt über ausreichend Magazinfläche im Keller der Liegenschaft, Präsenzbibliothek und Lesesaal sind im angrenzenden Neubau untergebracht.

A.III. Arbeitsschwerpunkte

III.1. Forschungsleistungen

Die SWP unterhält Forschungen zu allen wesentlichen Feldern der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mit Ausnahme der Außenwirtschaftspolitik. Das Ziel der Forschung ist es, relevante künftige Entwicklungen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu identifizieren, damit die Adressaten in Bundestag und Bundesregierung frühzeitig informiert und Handlungsempfehlungen entwickelt werden können. Forschungsarbeiten erfolgen unter folgenden Erkenntnis leitenden Fragestellungen:

1. Welche Gefährdungen und Risiken ergeben sich aus internationalen und regionalen Entwicklungen für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands beziehungsweise der EU? Wie kann oder sollte auf diese reagiert werden? Welche Anforderungen für die Kooperation mit anderen Akteuren ergeben sich?
2. Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Gestaltung gibt es für deutsche beziehungsweise europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der internationalen Politik auf globaler, regionaler oder bilateraler Ebene und wie können/sollten sie genutzt werden? Welche Auswirkungen haben internationale, europäische oder nationale Entscheidungen auf den deutschen Handlungsspielraum?

a) Forschungsprogramm

Die drei wichtigsten Bereiche der Forschungsarbeit der SWP sind EU und Europa, USA und die transatlantischen Beziehungen sowie die globale und regionale Ordnungspolitik. Diese drei Bereiche sind durch drei Querschnittsthemen miteinander verbunden, von denen eines das klassische Profil der SWP, die anderen beiden neuere Entwicklungen in der internationalen Politik widerspiegeln. Für das klassische Profil steht die Konzentration auf sicherheitspolitische Themen, wobei sich die SWP in der Selbsteinschätzung durch die Kombination militärpolitischer Kompetenz und Expertise in der Analyse neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen auszeichnet. Die beiden neueren Entwicklungen bestehen zum einen in der Europäisierung des Rahmens, in dem deutsche Außen- und Sicherheitspolitik formuliert und verfolgt werden kann, zum anderen in der gewachsenen Bedeutung nichtstaatlicher Akteure in der internationalen Politik. Aus diesem Forschungsprogramm ergeben sich Schnittmengen, die als Einzelthemen in den acht Forschungsgruppen und in den Projektgruppen verfolgt werden.

Der zentrale Teil der Forschungsarbeit der SWP besteht in der „Vorlaufforschung“³ im Sinne der Konzentration auf mittelfristige Forschungsvorhaben. SWP-Studien als wichtigstes Produkt der Forschungsarbeit haben eine Bearbeitungszeit von drei bis zwölf Monaten, wobei der Mittelwert bei acht bis neun Monaten liegt. Etwa die Hälfte der gesamten Forschungstätigkeit der SWP entfällt auf das Verfassen der SWP-Studien, weitere 20 % der Forschungsarbeit nimmt die Erstellung von Fachveröffentlichungen ein. Diese Dominanz von mittel- und langfristigen Forschungsvorhaben wird seitens der SWP als angemessen betrachtet, Veränderungsbedarf bestehe weniger in der Gewichtung der Anteile als in einer verbesserten strategischen Ausrichtung der langfristigen Forschungsprojekte.

Um Anschluss an die theoretischen und methodischen Entwicklungen in den jeweiligen Disziplinen zu halten, stehen den Mitarbeitern mehrere institutsinterne und externe Möglichkeiten zur Verfügung. Neben den internen Kolloquien, Forscherforen und Tagungen halten die Wissenschaftler durch Lehraufträge, Konferenzpräsentationen, Gastaufenthalte, Mitarbeit in Forschungsverbänden sowie Weiterbildungen auf Summer Schools Anschluss an neue Entwicklungen. Zudem soll das mehrstufige interne Begutachtungsverfahren von Studien, aber auch der 2004 gegründete Forschungsbeirat die Qualitätssicherung auch in theoretisch-methodischen Fragen gewährleisten.

Die von der SWP bearbeiteten Forschungsthemen- und Fragestellungen finden nach Angaben der SWP ihrerseits Beachtung in den „scientific communities“. Dies betrifft vor allem Forschungsgebiete, die theoretisch abgeleitete und konzeptionelle Fragen auf der Basis breiter empirischer, möglichst vergleichender Forschung untersuchen und dabei Polity-, Policy- und Politics-Ansätze verbinden. Beispiele hierfür sind Forschungen zu Methoden und Interaktionsstilen internationaler Verhandlungen, Grundfragen globaler beziehungsweise regionaler Finanz- und Handelsordnung sowie der Elitenwandel in der Arabischen Welt. Das Gros der Forschungsarbeit konzentriert sich auf die angewandte Politikforschung. Obwohl sich die Arbeiten an der Dringlichkeit der Themen für die politische Entscheidungsfindung orientieren, finde gerade die Verbindung von politikwis-

³ Bei der so genannten Vorlaufforschung „handelt es sich um Forschung zu Themen, die zumeist in Abstimmung mit dem Ministerium in den hoheitlichen Bereich und die Gesetzgebung“ hineinführen oder um die „Erkundung von Forschungsfeldern, die den noch nicht virulenten Beratungs- oder Regelungsbedarf des Ministeriums vorausschauend in den Blick nimmt. Je nach der Nähe zu einer aktuellen oder absehbaren Verwendung kann Vorlaufforschung, die nicht in einem unmittelbaren Bezug zu hoheitlichen Aufgaben oder der Politikberatung steht, den Charakter von ‚freier‘ Grundlagenforschung annehmen. Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Rahmenbedingungen der Forschung in Ressortforschungseinrichtungen: am Beispiel der Forschungsanstalten in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Drs. 5910-04.

senschaftlicher und historischer Analyse konkreter Problemstellungen und die dabei abgeleiteten Handlungsempfehlungen auch in der universitären Forschung Beachtung.

Die extramurale Vergabe von Forschungsvorhaben spielt im Forschungsprogramm der SWP nur eine untergeordnete Rolle. Zwischen 2002 und 2004 wurden lediglich 23 meist kleinere Vorhaben extramural vergeben, wobei es sich bei den Auftragnehmern teilweise um ehemalige SWP-Mitarbeiter handelte. Die Aufträge hatten ein Volumen von 33.113 Euro und deckten jene Themenbereiche ab, die innerhalb des Hauses nicht bearbeitet werden konnten. Angesichts der geringen Bedeutung der Vergabe von extramuralen Forschungsvorhaben gibt es in der SWP keine strategische Programmplanung beziehungsweise keine gesonderte Qualitätskontrolle für diese Aktivitäten. Von einer Ausweitung der externen Vergabe von Forschungsvorhaben wird aufgrund des mit der Qualitätssicherung verbundenen hohen zeitlichen Aufwands abgesehen.

b) Vernetzung mit dem Wissenschaftssystem

Die SWP kooperiert derzeit mit 28 deutschen und internationalen Hochschulen, wobei die gemeinsame Berufung der Institutsleitung mit einer Hochschule nicht praktiziert wird. Zwischen 2002 und 2004 fanden 62 Kooperationen zu gemeinsamen Publikationen und 15 zu gemeinsamen Forschungsprojekten zwischen SWP und Hochschulen statt. 25 Beschäftigte der SWP nahmen zwischen 2002 und 2004 insgesamt 95 Lehrveranstaltungen an Universitäten wahr. Bei 42 Veranstaltungen handelte es sich um Kompaktseminare im Umfang von insgesamt 170 Tagen, bei 33 Veranstaltungen um reguläre Seminare im Umfang von 106 Semesterwochenstunden. Eine Mitarbeiterin der SWP übernahm 2004 eine Lehrstuhlvertretung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, vier weitere SWP-Mitarbeiter waren als außerordentliche beziehungsweise Honorarprofessoren an Hochschulen tätig.

Mit elf deutschen Forschungsinstituten zu Außenpolitik und internationale Sicherheit kooperiert die SWP im Rahmen des Fachinformationsverbands (FIV). Zu weiteren 41 deutschen und internationalen Einrichtungen und Initiativen gibt es unterschiedlich dichte Kontakte und Kooperationen, ebenso zu drei deutschen Forschungsstiftungen. Zwischen 2002 und 2004 unterhielt die SWP 73 Kooperationen und 27 gemeinsame Projekte mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen im In- und Ausland. Zudem übten 24 Mitarbeiter der SWP im selben Zeitraum insgesamt 60 Tätigkeiten in wissenschaftli-

chen Gremien und Fachverbänden des In- und Auslandes aus, darunter 32 Tätigkeiten für Zeitschriften.

Auf europäischer Ebene gibt es kein bedeutendes Forschungsinstitut zu Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, zu dem die SWP keine Beziehung hat. Die wichtigsten internationalen Kooperationspartner sind:

- Großbritannien: Royal Institute for International Affairs (RIIA); Centre for European Reform (CER) in London,
- Frankreich: Centre d'Etudes et de Recherches (CERI), Paris; Institut Français des Relations Internationales (ifri), Paris,
- USA: RAND Corporation, Washington und Santa Monica; Brookings Institution, Washington; Carnegie Endowment for International Peace, Washington, Center for Strategic and International Studies, Washington,
- Israel: Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv,
- Indien: School of International Studies, Jawaharlal Nehru Universität, Neu Delhi,
- Pakistan: Institute for Strategic Studies, Islamabad,
- Russland: Carnegie Center, Moskau,
- Japan: The Japan Institute of International Affairs (JIIA),
- Iran: Institute for Political and International Studies, Teheran.

Zudem trifft sich die SWP jährlich mit den drei wichtigsten Politikberatungsinstituten Frankreichs (ifri), Großbritanniens (RIIA) und der USA (RAND) zur so genannten „Quad“, bei der themenorientiert Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert werden. Aufgrund der internationalen Bedeutung des Instituts sei die SWP derzeit mit einer Fülle von Kontaktbitten konfrontiert, denen sie aus zeitlichen und kapazitären Gründen nicht immer entsprechen könne. Bis auf einen Kooperationspartner in China sollen daher in Zukunft auch keine weiteren Partner gesucht werden.

c) Veröffentlichungen und Wissenstransfer

Im Vordergrund der Arbeit der SWP stehen schriftliche Aufzeichnungen, Konferenzen, Kolloquien und persönliche Beratungsgespräche insbesondere für Angehörige des Bundestags und der Bundesministerien. Darüber hinaus macht die SWP die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit in einer Reihe von Darstellungsformen auch der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich. Im Eigenverlag erscheinen regelmäßig

SWP-Aktuell, SWP-Studien, SWP-Zeitschriftenschau und der SWP-Brief, die teilweise auch in englischer Fassung zu beziehen sind und in einer Auswahl auch auf der Website des Instituts (www.swp-berlin.org) veröffentlicht werden. Über neu auf der SWP-Website eingestellte Papiere werden regelmäßig knapp 1.000 deutschsprachige und etwa 100 englischsprachige Adressaten per E-Mail (mit Link) durch einen elektronischen Newsletter informiert.

Die Publikationen im Eigenverlag erreichen eine durchschnittliche Auflage zwischen 540 und 580 Exemplaren, erzielen aber durch die elektronische Verteilung vieler Schriften eine deutlich höhere Reichweite. Bei der Nomos Verlagsgesellschaft erscheinen zudem die beiden von der SWP herausgegebenen Schriftenreihen „Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik“ und „Internationale Politik und Sicherheit“ in einer Auflage zwischen 400 und 800 Exemplaren. Die Schriftenreihen werden mit jeweils spezifischen Verteilern an Adressaten in Bundestag, Bundesregierung, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft im In- und Ausland versandt. Die SWP gibt keine eigene Zeitschrift heraus.

Die Publikationen erscheinen überwiegend in deutscher Sprache.

Die Wissenschaftler der SWP haben 2004

- 15 Monographien (2002: 26, 2003: 21)
- 107 Beiträge zu Sammelwerken (im Fremdverlag) (2002: 103, 2003: 112)
- 135 Medienbeiträge (2002: 90, 2003: 184)
- 7 Artikel in referierten Zeitschriften (2002: 4, 2003: 9)
- 57 Artikel in nicht referierten Zeitschriften (2002: 80, 2003: 96)
- 174 Beiträge zu hauseigenen Schriften (2002: 120, 2003: 140), sowie
- 53 interne Stellungnahmen/Politikpapiere (2002: 50, 2003: 98)

publiziert beziehungsweise erarbeitet. Bei den zwischen 2002 und 2004 erschienen fünf wichtigsten Publikationen der SWP handelt es sich eigenen Angaben nach um:

- Hannes Adomeit: Putins Militärpolitik, Berlin: SWP, April 2003 (S 16/2003),
- Christoph Bertram/Yves Boyer/François Heisbourg/Joachim Schild: Starting Over. For a Franco-German Initiative in European Defence – A joint study by the Foundation pour la Recherche Strategique and the Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin: SWP, November 2002 (S 37a/2002),

- Volker Perthes (Hrsg.): Arab Elites. Negotiating the Politics of Change, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers, 2004,
- Peter Rudolf: „Präventivkrieg“ als Ausweg? Die USA und der Irak, Berlin: SWP, Juni 2002 (S 23/2002), sowie
- Jens van Scherpenberg: Der geborgte Aufschwung. Die wirtschaftspolitische Bilanz der Regierung Bush 2001-2004, Berlin: SWP, Oktober 2004 (S 40/2004).

Zudem haben SWP-Mitarbeiter im Jahr 2004 334 (2002: 229, 2003: 275) Fachvorträge gehalten. Insgesamt war die SWP zwischen 2002 und 2004 Gastgeber für 66 internationale Konferenzen mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 40. Schließlich treten SWP-Beschäftigte häufig als Experten zu aktuellen Themen in Rundfunk und Fernsehen auf.

d) Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die SWP bietet jüngeren Wissenschaftlern des Hauses die Möglichkeit, sich in Form einer Promotion beziehungsweise Habilitation weiter zu qualifizieren. Zwischen 2002 und 2004 wurden an der SWP zehn Promotionen sowie zwei Habilitationen abgeschlossen. Derzeit arbeiten zudem 15 durch Stipendien finanzierte Doktoranden an der SWP. Sie werden durch Mentoren betreut und können ihre Arbeiten regelmäßig in Doktorandenkolloquien vorstellen. Durch den Umzug von Ebenhausen nach Berlin wurde zudem die Möglichkeit eröffnet, den Doktoranden der SWP auch die Betreuung von Berliner Hochschullehrern zukommen zu lassen. Zusätzlich zur Doktorandenförderung entsendet die SWP ihr wissenschaftliches Personal regelmäßig an Summerschool- und Seminarveranstaltungen.

Eine wichtige Bedeutung für die Nachwuchsförderung hat das Stipendiaten- und Praktikantensystem der SWP. Durch die Förderung von 15 Stipendiaten und 80 Praktikanten im Zeitraum zwischen 2002 und 2004 versucht das Institut, wissenschaftlichen Nachwuchs mit einem Politikberatungsprofil auszubilden. Praktikanten werden während ihrer Tätigkeit in der SWP zentral betreut.

Etwa 30 % der Praktikantenstellen und 90 % der Stipendiatenstellen werden in einem Ausschreibungsverfahren vergeben. Jedoch legt die SWP bei der Personalauswahl Wert darauf, dass nach Abschluss der Promotion die Stipendiaten nicht als wissenschaftliche Mitarbeiter übernommen werden, sondern erst außerhalb des Hauses weite-

re wissenschaftliche oder Praxiserfahrung sammeln. Über einen Alumni-Verein hält die SWP Kontakt zu den ehemaligen Praktikanten und Stipendiaten.

e) Qualitätssicherung und Wettbewerbsfähigkeit

Die Forschungsarbeit der SWP erfolgt gemäß den 2003 vom Forschungsrat verabschiedeten „Grundsätzen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und über den Umgang mit Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens“. Die Einhaltung dieser Grundsätze und die Sicherung der wissenschaftlichen Qualität des Forschungsbereichs finden auf drei Ebenen statt. Die Mitarbeiter sind durch Lehraufträge, Konferenzen, gemeinsame Projekte mit Universitäten und durch das hausinterne Forscherforum sowie in Kolloquien mit Gastwissenschaftlern regelmäßig in die fachwissenschaftliche Diskussion eingebunden. Die Schriftenproduktion der SWP durchläuft zudem je nach Publikationsart ein ein- beziehungsweise zweistufiges internes Begutachtungsverfahren durch die Forschungsgruppen- und/oder Institutsleitung. Schließlich werden die Bundesregierung und der Bundestag durch Instrumente wie der Dialoggruppe regelmäßig in die Aufgabenplanung und auch -erfüllung der SWP eingebunden.

Zudem evaluiert die Institutsleitung die Arbeit in den Forschungsgruppen und im Fachinformationsbereich zu Beginn eines Jahres auf Grundlage des Jahresplans der jeweiligen Arbeitseinheit. Hierzu legt das für die Forschung zuständige Mitglied der Institutsleitung eine Auswertung der vorgelegten Arbeiten und Beratungsgespräche der einzelnen Mitglieder der Arbeitsgruppe vor, die im Abgleich mit den Vorgaben des vergangenen Jahres beleuchtet werden. Dabei legt die Institutsleitung verschiedene Leistungskriterien an, etwa die Fertigstellung von einer Studie pro Jahr, von zwei SWP-Aktuells, mündliche Beratungsleistungen und aktive Teilnahme an Fachveranstaltungen sowie weitere Beiträge zu Veröffentlichungsorganen außerhalb der Stiftung.

Im Jahre 2003 veranlasste die Institutsleitung auf Beschluss des Stiftungsrates zusätzlich eine externe Evaluierung des Forschungsbereichs der SWP. Die international zusammengesetzte Gutachterkommission bestätigte die Neuausrichtung der SWP nach dem Umzug nach Berlin und die Stärkung der überregionalen Themen. Defizite wurden stellenweise in der Medienarbeit sowie in der Personalentwicklung gesehen. In Ergänzung zur Evaluation des Forschungsbereichs begutachtete 2004 eine ebenfalls international zusammengesetzte Kommission den Fachinformationsbereich der SWP. Die

Kommission bestätigte den Fachinformationsbereich als selbstständige Organisationseinheit, bemängelte aber erhebliche kommunikative Schwierigkeiten zwischen Fachinformations- und Forschungsbereich. Zudem empfahl die Kommission die Auslagerung der Presseauswertung, eine Umfeldanalyse, um Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Einrichtungen bei der Informationsverwaltung zu klären, sowie regelmäßige Nutzeranalysen.

Eine externe Qualitätssicherung erfolgt auch durch den Ende 2004 beschlossenen Forschungsbeirat der SWP, der im Mai 2005 die Arbeit aufgenommen hat. Der Forschungsbeirat berät das Institut in grundlegenden fachlichen und fächerübergreifenden Fragen des wissenschaftlichen und technischen Arbeitsprogramms, der (inter-) nationalen Kooperation sowie bei der Präsentation der Arbeitsergebnisse und soll einen dauerhaften systematischen Austausch mit der universitären Wissenschaft ermöglichen. Der Rat besteht derzeit aus neun Wissenschaftlern des In- (7) und Auslands (2) mit Bezug zu den Forschungs- und Serviceaufgaben des Instituts. Der Stiftungsrat stellt aus seinen Reihen den Vorsitz des Forschungsbeirates. Die weiteren Mitglieder werden im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Forschungsbeirates für den Zeitraum von zwei bis maximal vier Jahren berufen. Der Rat tagt mindestens zweimal jährlich und darüber hinaus bei einem vom Institutsdirektor oder dem Präsidenten der Stiftung festgestellten Bedarf.

Die Einwerbung von Drittmitteln gilt als Kennzeichen der wissenschaftlichen Kompetenz. Da die SWP die Zuwendungen des Bundes als Fehlbedarfsfinanzierung erhält, reduzieren Drittmittel die Zuwendungen des Bundes. Daher wirbt die SWP Drittmittel vor allem für jene Forschungsvorhaben ein, die nicht identisch mit dem Hauptaufgabengebiet der SWP sind und grundsätzlich nicht aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Im Entwurf des Wirtschaftsplans 2006 sind neue Haushaltsvermerke ausgebracht, mit denen die SWP Anreize zur Einwerbung von Drittmitteln erhält. Zudem beschränkt die Vorhaltung fachlicher Kenntnisse für die Politikberatung den Umfang möglicher Freistellungen des Personals für externe Forschungsaufgaben.

Im Zeitraum zwischen 2002 und 2004 warb die SWP insgesamt ca. 2,7 Mio. Euro Drittmittel ein, was durchschnittlich 9,1 % des Gesamthaushalts darstellte (vgl. Anhang 4). Dabei ist ein kontinuierlicher Rückgang der Drittmittel festzustellen (2002: 943.000 Euro, 2003: 879.000 Euro, 2004: 836.000 Euro). Die beiden größten Zuwendungsgeber

stellten 2002 bis 2004 Stiftungen sowie der Bund mit jeweils ca. 1,1 Mio. Euro. Ihnen folgten die EU (258.000 Euro) sonstige Zuwender (66.000 Euro), die Wirtschaft (61.000 Euro), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (38.000 Euro) sowie die Länder (3.000 Euro). Der Hauptanteil der Drittmittel (893.000 Euro) entfiel 2002 bis 2004 auf die Institutsleitung. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Fehlbedarfsfinanzierungen für Konferenz-, Reise- sowie Übernachtungskosten durch das Bundesverteidigungsministerium. Die Forschungsgruppe Globale Fragen (473.000 Euro) sowie die Forschungsgruppe „Amerika“ (315.000 Euro) folgten der Institutsleitung als Abteilungen der SWP, die in besonderem Maße Drittmittel einwarben.

III.2. Wissenschaftsbasierte Dienstleistungen

a) Dienstleistungsformen

Die SWP bietet auf der Grundlage der eigenen Forschung eine Reihe von Beratungsleistungen für Bundesregierung und Bundestag an. Da die SWP keine Forschung im Auftrag der Bundesregierung und des Bundestages betreibt, entscheiden die Wissenschaftler in Abstimmung mit dem Forschungsgruppenleiter und der Institutsleitung darüber, ob sie Anfragen aus der Politik aufgreifen und bearbeiten. Zentrale Kriterien für eine derartige Entscheidung sind, wie relevant der Inhalt der Anfrage für die Arbeit der SWP und die Themenbereiche der Forschungsgruppe erachtet wird, wie kompetent sich der Wissenschaftler für die Bearbeitung der Anfrage einschätzt und wie sich der Arbeitsanfall in den individuellen Arbeitsplan einpasst.

Bei den wissenschaftsbasierten Dienstleistungen unterscheidet die SWP zwischen Orientierungsberatung durch regelmäßige Informationen und Strategieberatung durch ausführliche Studien und Dialogprogramme. Dienstleistung in Form von Beratung versteht die SWP als Kommunikationsprozess, der auf einen Dialog mit dem „Kunden“ setzt und eine besondere Form der Verfügbarkeit des Beraters angesichts der Kommunikationsstrukturen in den Ministerien und im Parlament erfordert.

Im Falle der schriftlichen Beratungsleistungen unterscheidet die SWP zwischen den öffentlichen und nicht-öffentlichen Formen. Veröffentlichte Schriften der SWP in Form von SWP-Aktuell, SWP-Studien sowie der Diskussionspapiere bilden den Hauptteil der Forschungsarbeit und folgen aus dem im Orientierungsrahmen festgelegten längerfristigen Arbeitsprogramm. Als nicht-öffentliche Beratung gelten dagegen jene nachfrageein-

duzierten Beratungspapiere, aufbereitete Dokumentationen sowie Literatur- und Volltextdossiers, die direkt dem „Kunden“ zugeleitet werden, ohne dass sie als Publikation der SWP erscheinen. Dabei handelt es sich meist um die kurzfristige und adressatenspezifische Aufbereitung von verfügbarem Hintergrund- und Sachwissen zu aktuellen Fragen, das durch die Literaturdatenbanken und das Pressearchiv des Fachinformativbereichs (Datenbank, Pressearchiv) vorrätig gehalten wird.

Die Gesamtzahl der Anfragen, die mit einer schriftlichen Stellungnahme verbunden sind, liegen im Forschungsbereich bei etwa 150 pro Jahr, wobei 85 % kurzfristiger Art sind, 10 % komplexere Anfragen mit einer Bearbeitungszeit von mehreren Wochen betreffen und 5 % eine Beschäftigung von über drei Monaten erfordern. Beispiel für kurzfristige Anfragen waren 2002 bis 2004 ein in fünf Tagen erarbeitetes Kurzgutachten für Mitglieder des Bundestages zum Thema „EU-Handelspolitik – primärrechtliche Normierung im Verfassungsvertrag und Folgen für die nationale parlamentarische Kontrolle“. Als Beispiel für eine komplexere Anfrage aus Politik und Verwaltung können die Gutachten und die Beantwortung des Fragenkatalogs der EU-Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrates zu „Anforderungen an den EU-Konvent“ (Bearbeitungszeit zwei Monate) angeführt werden. Ein mit vier Monaten größeres Projekt stellte die Arbeit am Rüstungsteil der Studie „Streitkräftefähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert“ für das Zentrum für Analysen der Bundeswehr dar.

Die Gesamtzahl der an den Fachinformativbereich der SWP gerichteten dokumentarischen Recherchen, die mit einer schriftlichen Stellungnahme verbunden sind, betrug 2004 211 (2002: 133, 2003: 327). Etwa die Hälfte der Anfragen kamen aus dem Bereich der Bundesregierung, 27 % aus dem Deutschen Bundestag, weitere 4 % aus dem Bundespräsidialamt sowie Mittlerorganisationen, den Landesvertretungen und Universitäten. Typische Anfragen für aufbereitete Materialsammlungen beziehen sich auf Themen wie beispielsweise „Weltwirtschaft in 10 Jahren. Außenpolitische Implikationen für Deutschland/Europa und die transatlantischen Beziehungen“, „Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland“ oder „Bilanz des Wiederaufbaus in Afghanistan“.

Bei den mündlichen Beratungsleistungen hat sich mittlerweile ein Kanon an Formaten herausgebildet. Einmal monatlich präsentieren Mitarbeiter im „SWP-Jour-fixe“ ein aktuelles Thema in einem relativ festen Kreis von Angehörigen der in Berlin ansässigen außen- und sicherheitspolitischen Institutionen. Beim „Round-Table-Gespräch“ in der

SWP beziehungsweise im Parlament oder in einem Ressort werden in einem überschaubaren Gesprächskreis die Agenden zwischen der SWP und dem jeweiligen Partner abgestimmt (z.B. Round-Table-Gespräch im Auswärtigen Amt zu privaten Sicherheits- und Militärfirmen). Im Falle der vorwiegend nachfrageinduzierten mündlichen Beratungsformen handelt es sich hauptsächlich um Briefings im Sinne von bilateralen Gesprächen zwischen SWP-Experten und Beamten, Diplomaten, Abgeordneten oder Mitarbeitern von Abgeordneten, die sich für das Jahr 2004 auf 345 Vorgänge summieren. Zudem nehmen SWP-Angehörige in Einzelfällen als Sachverständige und Gutachter an parlamentarischen Anhörungen teil oder wirken als Mitglieder in ständigen Beratungsgremien, Gesprächs- oder Arbeitskreisen mit, die die Aufgabe haben, bestimmte Ressorts oder auch politische Stiftungen zu beraten.

Beratungen anlässlich konkreter Gesetzgebungs- und Harmonisierungsverfahren spielen im Dienstleistungsspektrum der SWP nur eine untergeordnete Rolle, da die Außenpolitik eine Prerogative der Exekutivgewalt darstellt, bei der dem Bundestag nur eingeschränkte Kompetenz zukommt. Die SWP war zwischen 2002 und 2004 an folgenden legislativen Vorhaben auf nationaler und internationaler Ebene beteiligt:

- Anhörung während der Beratungen zum „Gesetz zu dem Vertrag vom 29. Oktober 2004 über eine Verfassung in Europa“,
- Teilnahme an der Kommissionsarbeit anlässlich der Beratungen zum Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents,
- Mitwirkung an Anhörungen zum Gesetzgebungspaket „Agenda 2007-2013“ bezüglich der aktuellen Finanzplanung der EU,
- Beteiligungen an Beratungen zu den Zulassungsvorschriften und Zertifizierungsverfahren für unbemannte Luftfahrzeuge, sowie
- Teilnahme an Vorfeldverhandlungen zur Verabschiedung von Resolutionen im Sicherheitsrat und der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN).

b) Hilfsmittel zur Erbringung wissenschaftsbasierter Dienstleistungen

Zur Erbringung der verschiedenen Dienstleistungen werden die SWP-Mitarbeiter durch die Referate des Fachinformationsbereichs unterstützt. So hält die SWP-Fachbibliothek etwa 800 Periodika sowie einen großen Bestand an Monographien und „grauer“ Literatur vor, der überwiegend magaziniert ist. In der SWP-Materialsammlung sind Kurzinformationen, Länder- und Regionalsammlungen, Sachgebiets- und Themensammlungen,

Dokumentationen und Recherchen archiviert. Der Pressedienst der SWP versorgt die Wissenschaftler mit dem täglichen Pressespiegel sowie mit themenorientierten Pressedossiers. Auf Empfehlung der Gutachterkommission zum SWP-Fachinformationsbereich 2004 wurde das elektronische Pressearchiv zugunsten der Kooperation mit einem kommerziellen Anbieter mittlerweile eingestellt.

Eine zentrale Stellung für die Beratungsarbeit der SWP nimmt die SWP-Literaturdatenbank „Internationale Beziehungen und Länderkunde“ (IBLK) ein, die in den übergreifenden Fachinformationsverbund (FIV) integriert ist. Der FIV wird von zwölf außen- und sicherheitspolitischen Forschungseinrichtungen getragen und federführend von der SWP koordiniert. Mit Hilfe eines multilingualen Meta-Thesaurus wertet die SWP-Fachdatenbank alle einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen aus, wobei die Literaturauswahl sich an den Kriterien Nutzerbedürfnis, Qualität der Quellen, Aktualität und Einschlägigkeit orientiert. Je nach Zentralität des Themas werden die Publikationen vollständig oder nur auszugsweise ausgewertet.

Die SWP-Datenbank zeichnet sich gegenüber anderen sozialwissenschaftlichen Datenbanken durch die Konzentration auf das interdisziplinär angelegte Fachgebiet „Internationale Beziehungen“ und „Länder-/Regionalforschung“, durch die Breite an Dokumentarten (neben selbständigen Veröffentlichungen auch ein hoher Anteil an unselbständiger Literatur) sowie durch einen hohen Prozentsatz an ausgewerteten Zeitschriften aus. Sie umfasst mittlerweile über 675.000 inhaltlich erschlossene Literatureinträge. Derzeit bereitet die SWP auch eine Kooperation mit dem Informationszentrum Sozialwissenschaften/GESIS (Bonn) vor, um den notwendigen Anschluss an informationstechnische und konzeptionell-methodische Entwicklungen zu halten und die Erschließungsinstrumente der Fachdatenbank adäquat weiterzuentwickeln.

Die Datenbasis ist zusätzlich online bei kommerziellen Fachinformationsrechnern für die Fachöffentlichkeit in dreisprachiger Deskribierung unter dem Namen „World Affairs Online“ verfügbar, ein Angebot, das insbesondere vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages und von Universitätsbibliotheken genutzt wird. Zudem ist geplant, die Datenbasis in das nationale Wissenschaftsportal „vascoda“ zu integrieren. Der Offline-Zugang zu der Datenbasis über CD ROM wird vorwiegend von Nutzern in wissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken wahrgenommen, ein zweimal monatlich erscheinender

aktueller Literaturinformationsdienst, in gedruckter Form sowie als elektronische Ausgabe, wird auf der Website des FIV angeboten.

c) Qualitätssicherung

Ähnlich wie für die Erbringung von Forschungsleistungen existieren bei der SWP auch Regeln und Verfahren zur Sicherung guter wissenschaftlicher Politikberatung. SWP-Mitarbeiter, die Beratungsaufgaben übernehmen, müssen

- ausreichende Kenntnisse der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aufweisen,
- sich in absehbare politische Entwicklungen innerhalb des eigenen Expertisebereichs hineindenken,
- sorgfältig recherchieren und analysieren,
- klare Empfehlungen abgeben,
- eine benutzerfreundliche Darstellungsform verwenden,
- klar zwischen wert- und interessenorientierter Meinung sowie theoretisch oder empirisch geprüftem Wissen unterscheiden,
- den Adressaten über die Grenzen und Unsicherheiten wissenschaftsbasierter Beratungsleistungen sowie über die eigene Standortgebundenheit aufklären.

Aus Sicht der SWP müssen bei der Zusammenführung von wissenschaftlichem Sachverstand und administrativem Fachverstand auch die Unterschiede zwischen Parlaments- und Regierungsberatung mit teilweise wenig strukturierten Kommunikationsmustern berücksichtigt werden. Dazu gehört es, dass der Berater sich in die Interessenlage des Gegenübers hineinversetzt und den Beratungsbedarf auf der Nutzerseite richtig einschätzt, Fragestellungen und Annahmen offen legt und zwischen wissenschaftlicher Analyse und Handlungsempfehlung klar unterscheidet. Zudem soll der SWP-Mitarbeiter mögliche Beratungsresistenzen frühzeitig antizipieren, jedoch auch deutlich machen, dass es nicht eine einheitliche „SWP-Position“ gibt, sondern er seine eigene Einschätzung mitteilt.

Die Einhaltung dieser Qualitätsregeln erfolgt analog zur Qualitätssicherung im Forschungsbereich durch interne Verfahren des Peer Review von schriftlichen Beratungsleistungen, der Präsentation von Papieren in den Forscherkolloquien sowie durch die Beteiligung an fachwissenschaftlichen Diskussionen.

d) Rolle der Nutzer

Der primäre Nutzerkreis der SWP (Mitglieder und Bedienstete der Bundestagsfraktionen sowie der Bundesministerien) ist im Stiftungsrat vertreten und nimmt in diesem Rahmen Aufsichtsfunktionen gegenüber der Einrichtung wahr. Durch den Stiftungsrat sowie durch die regelmäßig tagende Dialoggruppe kann die Arbeit der SWP sich an den Interessen der Nutzer ausrichten. Zudem gibt es Überlegungen, mit den anderen elf Trägern des FIV einen gesonderten Nutzerbeirat für den Fachinformationsbereich einzurichten und regelmäßige Nutzerbefragungen durchzuführen.

Eine besonders enge Kooperation gibt es mit dem Bundesverteidigungsministerium als wichtigem Nutzer der SWP-Dienstleistungen. So arbeitete die SWP 2004 mit dem Verteidigungsministerium beim Austausch zwischen deutschen, russischen und ukrainischen Stabsoffizieren und Generälen im Rahmen der Seminarreihe „Streitkräfte in der Demokratie“ eng zusammen. Regelmäßig erfolgt eine Abordnung von Generalstabsoffizieren der verschiedenen Teilstreitkräfte der Bundeswehr an die SWP, die an Forschungsvorhaben teilnehmen. Umgekehrt lieh die SWP projektgebunden je zwei Mitarbeiter für drei bis neun Monate an das Bundesverteidigungsministerium und das Bundeskanzleramt sowie einen Mitarbeiter an die deutsche UN-Vertretung in New York aus.

A.IV. Künftige Entwicklung

Drei Entwicklungen, die die Arbeitsrichtung der SWP in den letzten Jahren besonders geprägt haben, werden auch in Zukunft das wissenschaftliche Programm bestimmen:

- der steigende Einfluss europäischer Integrationsprozesse auf die Konzipierung und Umsetzung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik;
- die Neubestimmung der transatlantischen Beziehungen im Gefolge neuer Orientierungen und politischer Prioritäten auf beiden Seiten des Atlantiks angesichts strategischer Veränderungen insbesondere in Asien und im Nahen Osten;
- schließlich die größere Einbeziehung Deutschlands und der EU in Aufgaben internationaler Ordnungspolitik angesichts der wachsenden Rolle nicht-staatlicher Akteure und geschwächter Staatlichkeit in vielen Konflikt-Regionen.

Diese Entwicklungen haben sich bereits in entsprechenden Projektgruppen und in der Berufungspraxis für die wissenschaftlichen Mitarbeiter niedergeschlagen.

Eine weitere nennenswerte Veränderung ist die wachsende Betonung wirtschaftlicher Aspekte der Außenpolitik. Diese zeigt sich in der Verstärkung der entsprechenden Expertise – in den Forschungsgruppen „Globale Fragen“, „Asien“ und „EU-Integration“. Zudem werden neue Themen wie Fragen „fragiler Staatlichkeit“ als Problem internationaler Ordnungspolitik, die Auswirkungen demographischen Wandels auf die internationale Politik sowie die Rolle ressourcenreicher Staaten in der Weltpolitik in den Vordergrund gerückt. Diese Problemfelder stellen neue Herausforderungen an die Konzeption von Außenpolitik sowie an deren Kohärenz und Vernetzung mit den Struktur bildenden Faktoren der internationalen Politik, sei es in Gestalt der Ausbildung internationaler Regime oder der Wirkungsmächtigkeit neuer Allianzen von Regionalmächten beziehungsweise Ankerstaaten.

B. Bewertung

Die SWP hat sich in ihrer vierzigjährigen Geschichte zu einer maßgeblichen außenpolitischen Beratungseinrichtung entwickelt. Sie bietet auf Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Analysen für Bundestag und Bundesregierung Studien und Beratungsleistungen zu zentralen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an. Dank der durch die Stiftungskonstruktion gewährleisteten Autonomie, der klar umrissenen Themen- und Fragestellung und der eindeutigen Forschungsorientierung entwickelte das Institut ein insgesamt überzeugendes wissenschaftliches Profil als Basis für eine gute Politikberatung. Die Kombination von umfangreicher und auftragsunabhängiger Eigenforschung mit der Bereitstellung von Informationen und Dienstleistungen für verschiedene Nutzergruppen gelingt der SWP in vorbildlicher Weise, so dass sie sowohl für die „scientific community“ als auch für verschiedene Akteure aus Politik und Verwaltung ein nachgefragter Partner ist.

B.I. Aufgaben und wissenschaftliche Bedeutung

Die SWP stellt europaweit die größte Einrichtung ihrer Art dar. Sie unterscheidet sich von angelsächsischen Vorbildern durch die klare thematische Beschränkung auf internationale Politik und Sicherheit, wobei sie im Gegensatz zu US-amerikanischen „advocacy think tanks“ strikte weltanschauliche Neutralität bewahrt. In Deutschland konkurriert die SWP teilweise mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) oder dem Centrum für Angewandte Politikforschung (C.A.P.) sowie mit den internationalen Abteilungen der parteinahen Stiftungen, die je nach Themenfeld von Außenpolitikern aus Regierung und Parlament konsultiert werden. Jedoch zeichnet sich die SWP im Vergleich zu anderen Einrichtungen durch eine thematisch insgesamt umfassende außen- und sicherheitspolitische Kompetenz aus.

Die SWP erledigt ihre Aufgaben auf einer angemessenen theoretischen und methodischen Grundlage. Das Institut steht dabei vor der grundsätzlichen Herausforderung, die für die Beratungsarbeit notwendigen unterschiedlichen theoretischen Ansätze und methodischen Herangehensweisen zu verbinden. Hinsichtlich der in der SWP vertretenen Disziplinen ist eine Kombination verschiedener Ansätze der Politik-, Wirtschafts- und Regionalwissenschaften vorgesehen. Um eine zu rigide konzeptionelle Festlegung bei

der Aufgabenerfüllung zu verhindern, obliegt die theoretische Fundierung der Beratungsarbeit grundsätzlich dem Ermessen jedes einzelnen Mitarbeiters.

Die Entscheidung der SWP zugunsten einer methodischen Offenheit ist prinzipiell richtig. Es gelingt der Einrichtung jedoch nicht immer in ausreichendem Maße, im methodischen Spannungsfeld der unterschiedlichen Disziplinen für genügend theoretische Kohärenz und Transparenz zu sorgen. Ungeachtet der grundsätzlichen Schwierigkeit, in der Themenvielfalt der Internationalen Politik und Sicherheitspolitik kohärente Ansätze zu entwickeln, sollte das Institut einen rein additiv-multidisziplinären Umgang mit unterschiedlichen Methoden vermeiden. Vielmehr sollte die SWP die Beratungsleistungen auf ein tragfähiges interdisziplinäres Gerüst stellen, das die verschiedenen Ansätze der Regional-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften gerade bei den Regionen übergreifenden Querschnittsthemen methodisch durchdacht miteinander verbindet. Ein wichtiger Schritt hierfür ist die von der zukünftigen Institutsleitung geplante Methodenschulung des wissenschaftlichen Personals mit Hilfe einer internen Seminarreihe.

Zusätzlich zur Frage des methodischen Umgangs mit den verschiedenen Disziplinen steht das Institut vor der Aufgabe, die ereignisgetriebene Beratungsnachfrage seitens der Nutzergruppen mit der Notwendigkeit von Vorlaufforschung für die wissenschaftliche Fundierung der Politikberatung zu vereinen. Die SWP zeichnet sich im Vergleich zu privaten Anbietern ähnlicher Beratungsleistungen durch ein beachtliches wissenschaftliches Fundament als Ergebnis von zeitintensiver Vorlaufforschung aus. Jedoch konzentriert das Institut in einzelnen Fällen seine Arbeit zu sehr auf kurzfristige Themen und verzichtet im Gegensatz beispielsweise zu den US-amerikanischen „Think Tanks“ weitgehend auf eine prognostische Politikberatung mit entsprechender Szenarienbildung.

Die SWP sollte künftig ihre prospektive Beratungskompetenz durch eine Erweiterung der kurzfristigen Analysen um mittel- bis langfristige Themen stärken. Bereits von der SWP praktizierte Ansätze wie der SWP-„Ausblick“ der vergangenen beiden Jahre an die 50 wichtigsten außenpolitischen Entscheidungskräfte Deutschlands mit Ausführungen zur zukünftigen internationalen Entwicklung sowie die geplante Auseinandersetzung mit Instrumenten der Szenarienbildung in einer entsprechenden Seminarreihe stellen richtige Ansätze dar.

Die SWP sollte zukünftig einen mittel- bis langfristigen Forschungsplan entwickeln. Hierfür ist der durch den Orientierungsrahmen des Stiftungsrates vorgegebene Planungshorizont von zwei Jahren zu kurz. Zum Ausbau des prospektiven Themenspektrums empfiehlt sich eine Planungsperspektive von fünf Jahren, die über die meist gegenwartsbezogenen Nutzerwünsche hinaus verstärkt zukünftige Entwicklungen einbezieht. Ziel sollte sein, die SWP durch einen längeren Planungshorizont zu einer „Denkfabrik“ im umfassenden Sinne weiterzuentwickeln. Entsprechende Überlegungen des neu eingerichteten Forschungsbeirats sollten intensiviert und möglichst bald bei der Themenplanung berücksichtigt werden.

Grundsätzlich positiv zu beurteilen ist, dass die SWP keine Auftragsforschung betreibt und die Wissenschaftler in Abstimmung mit der Forschungsgruppenleitung frei darüber entscheiden, ob sie Anfragen seitens der Politik bearbeiten. Gleichzeitig gibt es eine enge Einbindung der SWP-Nutzer im Rahmen des Stiftungsrats und der Dialoggruppe in den Themenfindungsprozess. Diese Konstruktion sichert die Nutzerorientierung der SWP wie die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Mitarbeiter bei der Aufgabenwahrnehmung.

Inhaltlich deckt das von der SWP derzeit bearbeitete Themenspektrum die wichtigsten Bereiche der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ab, auch wenn bei einzelnen regionalen Fragen eine andere Gewichtung zu überdenken wäre. Ungeachtet neuer möglicher Themen vor allem aus den Bereichen Außenwirtschafts- und auswärtige Kulturpolitik, die der SWP angetragen werden, sollte sich die SWP angesichts der beschränkten Personal- und Sachmittel auf ihre Kernkompetenzen im Bereich bestimmter Regionen und Querschnittsthemen beschränken und diese wo möglich stärken.

Ähnlich wie in der Forschung zeichnet sich die SWP auch im Bereich der wissenschaftsbasierten Politikberatung durch hohe Kompetenz und Wirksamkeit aus. Anders als die Mehrzahl der Einrichtungen der Bundesressortforschung leistet die SWP keine exklusive Beratung gegenüber einem „übergeordneten“ Ressort, sondern hat gleichermaßen alle mit außen- und sicherheitspolitischen Themen befassten Akteure in Bundestag und Bundesregierung im Blick. Dabei lässt sich seit dem Umzug der SWP von Ebenhausen nach Berlin ein Paradigmenwechsel in der Beratungsleistung ausmachen. Mündliche Beratungen in Gestalt von Briefings und Hintergrundgesprächen für Außenpolitiker nahmen seit 2001 zu. Zudem haben sich die schriftlichen SWP-Produkte durch

Konzentration sowie problem- und handlungsorientierter Prägnanz verbessert. Positiv zu bewerten ist außerdem, dass die SWP die Genese einer „foreign policy“-Gemeinde in Berlin gefördert hat, wie sie an anderen westlichen Regierungssitzen Tradition hat, in Bonn aber so nicht vorhanden war.

Für die Nutzer aus Parlament und Regierung stellt die SWP einen zentralen außen- und sicherheitspolitischen Berater dar, der als Seismograph internationale Entwicklungen antizipiert und Handlungsoptionen gemeinsam mit den handelnden Akteuren entwickelt. Zudem fungiert die Einrichtung als wichtige personelle Ergänzung für die außen- und sicherheitspolitischen Referate des Bundeskanzleramts und des Parlaments, in denen die SWP-Studien rezipiert und für die Konzeption der regierungsamtlichen Außenpolitik beziehungsweise für parlamentarische Anfragen genutzt werden. Auch nimmt die SWP eine wichtige Rolle in der parlamentarischen Arbeit ein, indem sie den Parlamentariern die entsprechenden Informationen zur Verfügung stellt. Dass die SWP keine Auftragsforschung betreibt, stärkt ihre Unabhängigkeit gegenüber den Nutzern und ist gleichzeitig Ausweis für ihre wissenschaftliche Zuverlässigkeit.

Eine so ausgerichtete wissenschaftsbasierte Politikberatung für Bundesregierung und Bundestag muss auch weiterhin den Kern der SWP-Aufgaben stellen. Dabei bildet die bisher geübte Praxis, den mündlichen und schriftlichen Beratungsprodukten eine handlungsorientierte Richtung zu geben, eine wichtige handwerkliche Grundlage. Auch zukünftig ist darauf zu achten, dass bei Studien und Beratungsgesprächen für politische Entscheidungsträger regelmäßig die Vielfalt wissenschaftlicher Meinungen ausreichend wiedergegeben und alternative Handlungsoptionen ausgearbeitet werden. Den von der Politik häufig geäußerten Wunsch, schneller auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren, sollten SWP-Mitarbeiter nur insofern entsprechen, als die mittel- und langfristigen Forschungsaufgaben der Einrichtung nicht eingeschränkt werden.

Auf die möglicherweise zukünftig wachsende Konkurrenz zu privaten Anbietern wissenschaftlicher Beratungsleistungen im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik ist die SWP gut vorbereitet. Ihr beachtliches Forschungsfundament und die klare Distanz zu advokatorischer Politikberatung sichert jene anspruchsvolle Wissenschaftlichkeit bei allen Dienstleistungen, die das entscheidende Qualitätskriterium im möglichen Wettbewerb um Beratungsaufträge darstellt. Bereits heute wird die SWP bei Dienstleistungen wie dem regelmäßigen Briefing von Diplomaten vor deren Dienstantritt im Ausland oder der

Versorgung von Abgeordneten vor Auslandsreisen mit entsprechenden Dossiers stark nachgefragt. Die SWP sollte prüfen, ob diese Form der Dienstleistungen stärker ausgebaut werden kann und sie beispielsweise nach US-amerikanischen Vorbildern auch Seminarangebote für Nachwuchskräfte der deutschen Außenpolitik anbieten kann.

Die europäische Ausrichtung der SWP wird eine entscheidende Rolle für die zukünftige Entwicklung spielen. Im Bereich der Forschung und der wissenschaftsbasierten Dienstleistungen ist die SWP mit separaten Forschungsgruppen zur „EU-Integration“ und zur „EU-Außenpolitik“ sowie mit den Beratungsleistungen für den europäischen Verfassungsprozess durch das Projekt „CONVENU“ gut positioniert. Darüber hinaus bleibt zu fragen, welche Bedeutung eine voranschreitende Integration der EU auch im Hinblick auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) für die Beratungsarbeit der SWP haben wird und wie sie den Konflikt zwischen der notwendigen verstärkten Präsenz auf europäischer Ebene und der Identität als nationale Einrichtung für Internationale Politik und Sicherheit zu lösen versucht. Es sollte geprüft werden, ob Kooperationen mit anderen europäischen Partnerinstitutionen genügend Synergien freisetzen können, um gemeinsame Strategien für eine europäische Politikberatung im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln.

B.II. Schwerpunkte der Forschungsgruppen

Die acht Forschungsgruppen bilden den Kern der SWP-Forschungsarbeit und zeichnen sich insgesamt durch eine überzeugende Qualität aus. Bei der Themenbearbeitung werden die aktuellen theoretischen, methodischen und thematischen Diskussionen der jeweiligen „scientific community“ weitgehend berücksichtigt. Zudem tragen einzelne Forschungsgruppen regelmäßig wichtige Erkenntnisse in den einschlägigen akademischen Disziplinen bei.

Ein Beispiel für die gute Positionierung in der Forschungslandschaft ist die Forschungsgruppe „EU-Integration“. Ihre Fragestellungen liegen im Zentrum der derzeitigen politik-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Europaforschung, wobei die politikwissenschaftlichen Bezüge eindeutig dominieren. Die Fragestellungen sind zu einem klar strukturierten, kohärenten Forschungsprogramm gebündelt, in dem wichtige Probleme der politischen und institutionellen Entwicklung der EU bearbeitet werden. Die Forschungsgruppe nimmt nicht nur den Stand der Forschung in ihrem Gebiet zur Kenntnis,

sondern ist auch in der Lage, diesen selbst maßgeblich durch eine beachtliche Zahl von Monographien und Aufsätzen in einschlägigen Verlagen und Fachzeitschriften zu beeinflussen. Zudem waren die Mitarbeiter in den vergangenen Jahren an mehreren wichtigen internationalen Kooperationsprojekten und politischen Meinungsprozessbildungen beteiligt.

Bei der Bearbeitung ihrer Themen stützt sich die Forschungsgruppe auf ein breites Spektrum von überwiegend aktuellen politikwissenschaftlichen Theorieansätzen. Dabei legen sich die Wissenschaftler nicht ausdrücklich auf einen bestimmten Theorieansatz fest, sondern bemühen sich um eine gegenstandsbezogene Auswahl theoretischer Angebote. Die teilweise Kombination von miteinander konkurrierenden Ansätzen der Integrationsforschung verweist jedoch auf die Schwierigkeit, eine ausreichende methodische Kohärenz zwischen den verschiedenen Disziplinen zu erreichen. Ungeachtet dessen bietet die Forschungsgruppe gute Voraussetzungen, dass ihre Beratungstätigkeit für Regierung und Parlament nicht nur dem nationalen, sondern auch dem internationalen Stand der Disziplin entspricht.

Ähnlich wie die Forschungsgruppe Europäische Integration zeigt die Gruppe „EU-Außenbeziehungen“ eine hohe Sach- und Problemkompetenz sowie eine Professionalität in der Beratungsarbeit. Die Forscher positionieren sich in Bezug auf die jeweiligen Arbeitsthemen gut; das Forschungsprofil sowie die Fokussierung der Arbeit auf bestimmte, von der Nutzerseite abgefragte Themen entsprechen grundsätzlich dem Stand von Forschung und Wissen. Aktuelle theoretische, methodische und thematische Diskussionen der „scientific community“ gehen dabei je nach Thema unterschiedlich in die Produkte der Wissenschaftler ein. An dieser Stelle könnten trotz des Vorrangs der Beratungsfunktion noch stärkere Bezüge zu aktuellen Diskussionen hergestellt werden. Auch verortet sich die Gruppe hinsichtlich allgemeiner Aspekte der EU-Außenbeziehungen nur sektoral beziehungsweise bezogen auf einzelne Themen. Sie verzichtet grundsätzlich auf ein „grand design“ im Sinne einer Gesamtheit der Europa-, Außen- und Friedenspolitik. Die Gruppe sollte ihr Forschungsprofil durch eine umfassende Betrachtung der EU-Außenbeziehungen als Teil deutscher Außen- und Europapolitik ergänzen und dabei zur aktuellen Debatte der europäischen „European Studies“ und der Außenpolitikforschung beitragen.

Das Profil der Forschungsgruppe Sicherheit und die erbrachten wissenschaftsbasierten Dienstleistungen für Regierung und Parlament lassen grundsätzlich erwarten, dass sie die aktuellen theoretischen, methodischen und thematischen Diskussionen der jeweiligen Disziplin ausreichend reflektiert. Als klassische außen- und sicherheitspolitische Querschnittsgruppe zeichnet sie sich durch einen gelungenen interdisziplinären Ansatz aus, in dem regionale Fragen mit problemorientierten Analysen zur Sicherheitspolitik verbunden werden. Grundsätzlich leistet die Forschungsgruppe eine überzeugende Vorlaufforschung, wie sie vor allem in der 2003 erschienen Studie zum iranischen Atomwaffenprogramm sichtbar wurde. Hierbei wurde auch der Anspruch der SWP, handlungsorientierte wissenschaftliche Politikberatung anzubieten, deutlich. Die Studie zum geplanten Raketenabwehrprojekt „MEADS“ vom Januar 2005 zeigt aber, dass bei konfliktreichen Themen noch stärker auf die wissenschaftliche Fundierung geachtet werden muss.

Die Forschungsgruppe „Amerika“ konzentriert sich weitgehend auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der USA und liefert dank ihrer gesammelten Spezialkompetenz qualitativ gute Analysen auf der Basis des Stands von Forschung und Wissenschaft. Die Gruppe entwickelte beispielsweise im Vorfeld des Irak-Kriegs profunde Arbeiten zu den außen- und sicherheitspolitischen Motiven der Bush-Administration, die nicht nur eine vertiefte empirische Betrachtung des Themas darstellten, sondern darüber hinaus innovative Deutungsansätze entwickelten. Die prominente Stellung der USA innerhalb der Forschungsgruppe sollte auch zukünftig beibehalten werden. Im Hinblick auf die mittel- und langfristige Themenplanung bleibt aber zu prüfen, ob dem lateinamerikanischen Raum noch stärkere Beachtung geschenkt werden kann. Die Kooperation der Forschungsgruppe „Amerika“ zusammen mit der Gruppe „Asien“ im Projekt „Transatlantic Foreign Policy Discourse“ (TFPD) stellt ein zentrales Vorhaben dar, das internationale Beachtung findet.

Die Forschungsgruppe „Asien“ zeichnet sich durch solide wissenschaftliche Arbeiten aus und reagiert angemessen auf neue globale Entwicklungen, indem sie beispielsweise die wachsende Rolle Chinas für die Außen- und Sicherheitspolitik des Westens und des asiatischen Raums in ihre Studien integriert. Das angesichts der Bedeutung des asiatischen Raums vergleichsweise kleine Team an Wissenschaftlern orientiert sich nicht zuletzt wegen der geringen Prominenz gegenwartsbezogener Asienstudien an deutschen Universitäten in starkem Maße am Stand der Asienstudien im Ausland. Die

von ihnen erarbeiteten Studien verbinden sorgfältig erarbeitete Hintergrundinformationen mit aktuellen Bewertungen und präzisen Ratschlägen und entsprechen hinsichtlich Methode und theoretischem Ansatz dem Stand der internationalen Asienkunde. Die für Regierung und Parlament so erarbeiteten Analysen bauen in angemessener Weise auf dem Stand der Forschung auf.

Ein grundsätzliches Problem stellt für die Gruppe „Asien“ eine stellenweise unzureichende thematische Kohärenz dar. Im Spannungsfeld zwischen einzelstaatlicher und staatenübergreifender Betrachtung gelingt es nicht durchgehend, die notwendigen thematischen Prioritäten zu setzen. Hier ist künftig eine klarere Schwerpunktbildung erforderlich. Zudem ist eine stärkere Öffnung der Gruppe für Kooperationen mit einschlägigen außeruniversitären Einrichtungen notwendig, um auch weiterhin den Anschluss an aktuelle methodische und theoretische Diskussionen zu halten.

Die wissenschaftliche Qualität der Forschungsgruppe „Russland/GUS“ kann insgesamt als gut eingestuft werden. Probleme ergeben sich aber hinsichtlich der Themenwahl als Folge der Integration des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST) und der gegenwartsbezogenen Abteilung des Südost-Instituts München (SOI) 2001. Für die Zukunft sollte die thematische und organisatorische Struktur der Gruppe vor allem im Hinblick auf die postsowjetischen Strukturen überdacht und neu konzipiert werden. Studien der Mitarbeiter finden jenseits des engeren Beratungskontextes regelmäßig Beachtung in der wissenschaftlichen Disziplin. Positiv hervorzuheben ist die erfolgreiche Vorlaufforschung zum Nationalitätenproblem im Kaukasus, die mit bedeutsamen historischen Analysen verknüpft ist. Die wissenschaftliche Verankerung der Mitarbeiter in disziplinäre Kontexte fällt jedoch unterschiedlich aus. Zudem steht die Forschungsgruppe vor einem Generationenwechsel. Hier muss zukünftig darauf geachtet werden, dass die neu einzustellenden Wissenschaftler durch entsprechende Publikationen und Lehrveranstaltungen Verbindung zur universitären Wissenschaft halten.

Die Arbeiten der Forschungsgruppe „Naher Osten und Afrika“ zeichnen sich durch eine starke Akzentuierung aktueller Diskussionen sowohl im Bereich der Theorie wie in der Methodologie aus. Darüber hinaus ist die Tendenz zur eigenständigen Entwicklung forschungsrelevanter Fragestellungen bemerkenswert. Die Gruppe begnügt sich nicht damit, aktuelle akademische Themen auszuarbeiten und für die „Kunden“ aufzubereiten,

sondern setzt mit der Ausarbeitung neuer weiter führender Fragestellungen wichtige eigene Akzente, die in den Fachwissenschaften rezipiert werden. Insgesamt verortet sich die Gruppe sehr gut in den aktuellen Themen- und Forschungsfeldern. Der Theorierahmen ist deutlich an die Tragfähigkeit der Fragestellungen angepasst und nur selten „zu groß“ geraten. Zudem verknüpft die Gruppe die Analyse der empirischen Felder mit Ergebnissen zu anderen Regionen, was dazu beiträgt, den Nahen/Mittleren Osten (und Afrika) besser im globalen Kontext zu verstehen. Die Gruppe bündelt Deutungskontexte aus dem Bereich Politikwissenschaft (vor allem Internationale Beziehungen, Transitionstheorien, Staatsbildungstheorien) und dem Bereich der Islamwissenschaft (Elitenkulturen, Zeitgeschichte etc.) und integriert die dort vermehrt vermittelten disziplinären Ausrichtungen Sozialanthropologie und Rechtsgeschichte. Auch aufgrund dieser überzeugenden methodischen Grundlage entsprechen die wissenschaftsbasierten Dienstleistungen grundsätzlich dem neuesten Stand der Forschung. Zugleich gibt es eine enge Interaktion zwischen der Gruppe und den Nutzern aus Bundestag und Bundesregierung. Verbesserungsbedarf besteht bei der Nachbereitung der Forschungsprojekte. So fehlt ein institutionalisiertes Follow Up, das beispielsweise im Fall des Projekts „Arabische Eliten“ die Pflege der wertvollen Auslandskontakte erlaubt.

Ähnlich wie die Forschungsgruppe Sicherheit überzeugt die Gruppe „Globale Fragen“ als überregional angelegte Querschnittsgruppe, die mit klaren Schwerpunkten wie den Projekten „states at risk“ und den Arbeiten zum „Präventivkrieg“ herausragende Forschungsleistungen mit hoher Politikrelevanz erbringt. Die interdisziplinär angelegte Gruppe schafft es im Großen und Ganzen, die verschiedenen politik-, regional- und naturwissenschaftlichen Fragen klug miteinander zu verbinden und eventuelle Kompetenzlücken durch die Integration von externer Expertise zu schließen. Auch lassen von wenigen Ausnahmen abgesehen die in dieser Gruppe erarbeiteten Studien einen insgesamt hohen Grad an Vertrautheit mit der einschlägigen Grundlagenliteratur erkennen. Einzelne Mitglieder der Gruppe sind je nach eigener disziplinärer Herkunft oder persönlicher Weiterqualifikation als aktive Beteiligte in der theoretisch und methodisch anspruchsvollen wissenschaftlichen Grundlagenforschung erkennbar. Durch die beachtliche Anzahl an qualitativ hochwertigen Veröffentlichungen hat die Forschungsgruppe ungeachtet ihres erst kurzen Bestehens ein gutes Renommee innerhalb der „scientific community“ erworben.

B.III. Organisation und Ausstattung

Durch die Gliederung in einen Forschungs-, einen Fachinformations- sowie einen Servicebereich wird die SWP in die Lage versetzt, ihr breites Aufgabenspektrum zwischen Forschung und wissenschaftsbasierten Dienstleistungen angemessen wahrzunehmen. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Projektgruppen der SWP ein. Diese anlassbezogenen Arbeitseinheiten ergänzen die festen Organisationsstrukturen der SWP und garantieren Kontinuität und Flexibilität in der Forschungsarbeit.

Die Balance zwischen Forschungs- und Fachinformationsbereich wurde durch entsprechende organisatorische Maßnahmen erreicht. Dank der räumlichen Nähe der Forschungsgruppen zu den thematisch ihnen zugeordneten Referaten der Fachinformation haben sich die Kommunikationswege zwischen beiden Bereichen verbessert. Auch erweist sich die Entscheidung, das elektronische Pressearchiv zugunsten der Stelle eines „Informationsbrokers“ auszulagern, im Rückblick als geeignete Maßnahme zur besseren Koordination zwischen Forschungs- und Fachinformationsbereich.

Mit den Projektgruppen und der Stelle eines „Informationsbrokers“ hat die SWP die Grundlagen für die zukünftige organisatorische Entwicklung des Instituts gelegt. Die thematische Breite des Aufgabenspektrums und der sich rasch wandelnde Beratungsbedarf auf Nutzerseite müssen organisatorisch mit den notwendigen Vorlauf- und der langfristig angelegten Forschung in Einklang gebracht werden. Dabei ist durch flexiblen Personal- und Mitteleinsatz darauf zu achten, dass ungeachtet der Notwendigkeit fester Organisationsstrukturen als Grundlage eines reibungslosen Forschungsprozesses die Erstarrung wissenschaftliche Arbeitseinheiten verhindert wird.

Ein wichtiges Instrument zur Unterstützung einer auch zukünftig flexiblen Organisationsstruktur stellt die Einführung eines hauptamtlichen Forschungsdirektors dar. Grundsätzlich erschwert die hälftige Aufteilung der zweiten stellvertretenden Institutsleiterstelle in Verwaltungs- und Forschungsaufgaben eine leistungsfähige Koordination der Forschungsaufgaben innerhalb der SWP. Es wird daher empfohlen, anstelle einer halben Institutsleiterstelle eine Vollzeitstelle eines hauptamtlichen Forschungsdirektors zu schaffen, der analog zu internationalen Beispielen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik koordinierende Aufgaben wahrnimmt. Hinsichtlich der Besetzung von Leitungsstellen ist zukünftig auch darauf zu

achten, dass mögliche Vakanzen öffentlich ausgeschrieben werden. Zugleich muss die SWP in Zukunft unbedingt auf die interne Berufung des Institutsdirektors verzichten.

Die Einrichtung eines Forschungsbeirats ist positiv zu bewerten. Auf diese Weise ist eine kontinuierliche externe Begutachtung der SWP-Arbeit gewährleistet. Zudem unterstützt der Beirat das Institut bei wichtigen fachlichen und strategischen Entscheidungen. Fraglich ist jedoch, ob die aktuelle Zusammensetzung des Beirats dem ihm zugeordneten Aufgabenspektrum entspricht. Zukünftig sollte dabei vor allem auf die verstärkte Vertretung von ausländischen Experten geachtet werden.

Die finanzielle Ausstattung der SWP entspricht im Großen und Ganzen dem Aufgabenspektrum des Instituts. Erheblicher Verbesserungsbedarf besteht jedoch bei einzelnen Aspekten der Fehlbedarfsfinanzierung durch das Bundeskanzleramt. So mangelt es in der Haushaltsbewirtschaftung jener Flexibilität, die angesichts der Themenvielfalt im SWP-Aufgabenspektrum vonnöten wäre. Es wird empfohlen, die derzeit dominierende kameralistische Haushaltsführung über die aktuell verhandelte Einführung einer Kostenleistungsrechnung hinaus in Richtung Globalhaushalt weiterzuentwickeln, der dem Institut bei der Titelwidmung größere Handlungsspielräume gibt. Ziel sollte es sein, dass die SWP ohne größere Probleme darüber entscheiden kann, ob sie Mittel für Personal- oder Sachkosten einsetzt.

Damit verbunden ist auch der zukünftige Umgang mit Drittmitteln. Die derzeit geltende restriktive Regelung, dass die Einwerbung von Drittmitteln teilweise zu einer entsprechenden Reduktion der Grundfinanzierung führt, falls sie nicht gänzlich für Projekte außerhalb der SWP-Kernaufgaben bestimmt sind, ist zugunsten einer flexibleren Handhabung aufzugeben. So sollte es für die SWP zukünftig möglich sein, einen Großteil der erworbenen Drittmittel für Kooperationsprojekte zu nutzen, um entsprechende Anreize für die Drittmittelwerbung zu schaffen. Grundsätzlich sollte die SWP die Drittmittelwerbung weiter erhöhen. Außerdem sollte die Erhebung von Gebühren für bestimmte Beratungsleistungen geprüft werden.

Die von der Bundesregierung vorgesehenen Einsparungen im Bereich der Bundesverwaltung werden derzeit auf die SWP als beim Bundeskanzleramt etatisierte Ressortforschungseinrichtung angewendet. Darüber hinaus muss die SWP bis 2007 auf fünf wissenschaftliche Mitarbeiterstellen verzichten, um die auf ihren Haushalt umgelegten Umzugskosten von Ebenhausen nach Berlin auffangen zu können. Zudem fiel die bis 2000

durch das damalige Sitzland Bayern finanzierte Forschungsprofessur der SWP nach dem Umzug weg, da sich das Land Berlin zu einer Weiterführung nicht in der Lage sah. Nur dank eines flexiblen Mitarbeiterinsatzes gelingt es der Einrichtung, die ihr übertragenen Aufgaben ungeachtet der Anzahl vakanter Stellen zu erfüllen.

Angesichts der steigenden Anforderungen an die SWP-Dienstleistungen und der personellen Unterausstattung ist es vordringlich, die Anzahl vakanter Stellen innerhalb der SWP durch die Freigabe der Personalmittel und entsprechende Stellenbesetzungen zu reduzieren. Gerade die personellen Engpässe in einzelnen Forschungsgruppen sollten durch Neueinstellungen gemildert werden, wobei vor allem die Themenbereiche „Afrika“, „Lateinamerika“ und stellenweise auch „Asien“ neuer Referentenstellen bedürfen. Ähnlich verhält es sich mit der Forschungsgruppe „Globale Fragen“, deren Ausstattung mit vier Wissenschaftlern angesichts der Breite der Themen auf Dauer zu schmal ausfällt. Das Bundeskanzleramt sollte die bis Ende 2006 umzugsbedingt gesperrten Personalmittel ab 2007 auf alle Fälle der SWP wieder zur Verfügung stellen. Zudem sollte eine Anschlussfinanzierung für die 2001 weggefallene Forschungsprofessur gefunden werden.

Hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der SWP ergibt sich ein von wenigen Ausnahmen abgesehen ausgeglichenes Bild. Die von der SWP seit längerem ergriffenen Maßnahmen zur Förderung weiblicher Mitarbeiter und des wissenschaftlichen Nachwuchses zeigen bereits Wirkung. Dank ihres umfassenden Systems der Praktikanten-, Stipendiaten- und Alumnibetreuung kann die SWP auf ein beachtliches Reservoir gut qualifizierter wissenschaftlicher Mitarbeiter zurückgreifen. Unter den Mitarbeitern erweist sich die SWP als geschätzter Arbeitgeber, der gute Chancen für die eigene wissenschaftliche Weiterentwicklung bietet.

Die guten Leistungen der SWP bei der Personalgewinnung sollten gehalten und wenn möglich ausgebaut werden. So ist eine internationale Personalrekrutierung angesichts der stark nationalen Zusammensetzung des SWP-Personals angeraten. Auch die von der SWP entwickelten Pläne zur Einführung eines Doktorandenkolloquiums sollten weiterverfolgt werden. Zudem muss mit dem Zuwendungsgeber grundsätzlich geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen die SWP Stipendien für Doktoranden aus den eigenen Haushaltsmitteln finanzieren kann. Schließlich sollte dem wissenschaftlichen

Personal der SWP zukünftig verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, mittels regelmäßigen Forschungsabbaticals sein wissenschaftliches Profil zu stärken.

Die aktuellen Pläne der SWP zur systematischen Fortbildung ihrer Mitarbeiter aus dem Forschungs- und Fachinformationsbereich bilden eine wichtige Grundlage für die weitere Personalentwicklung und sollten weiter verfolgt werden. Dabei ist besonders zu prüfen, inwiefern über den einschlägigen Fortbildungsbedarf wie Fremdsprachentraining oder Präsentationstechniken hinaus auch spezifischere Kompetenzen guter wissenschaftlicher Politikberatung eingeübt werden können. Ein entsprechendes Schulungsprogramm sollte in Kooperation mit den Mitarbeitern entwickelt werden.

Während die Personalstruktur über die gesamte Einrichtung hinweg ausgeglichen erscheint, ergeben sich im Zusammenhang mit einzelnen Forschungsgruppen Probleme, die bei zukünftigen Personalentscheidungen mit in den Blick genommen werden sollten. Vor allem ist es notwendig, dass die Institutsleitung den anstehenden Generationswechsel in der Leitung einiger Forschungsgruppen bereits jetzt in den Blick nimmt. In all diesen Fragen der Personalentwicklung sollte der Grundsatz gelten, dass eine ausgeglichene Personal- und vor allem Altersstruktur geschaffen beziehungsweise erhalten wird, so dass an der Forschung und in der wissenschaftsbasierten Politikberatung neue Ideen des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Erfahrung langjähriger SWP-Mitarbeiter Anteil haben.

Nachholbedarf besteht in der Frage befristeter Stellen. Obwohl die SWP Befristungen als wichtiges Instrument der personellen Flexibilität betrachtet, sind derzeit von den 63 vorgesehenen institutionellen Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter lediglich sieben befristet besetzt. Angesichts der großen Anzahl an Wissenschaftlern, die weniger als fünf Jahren an der SWP arbeitet, fällt der Befristungsanteil mit rund 11 % zu niedrig aus. Die SWP sollte daher prüfen, inwieweit sie zukünftig für bestimmte Aufgaben Mitarbeiter vermehrt befristet einstellt.

B.IV. Veröffentlichungen

Die guten Forschungsleistungen der SWP finden ihren Niederschlag in einer beachtlichen Anzahl von Publikationen von teilweise sehr hoher wissenschaftlicher Qualität. Die SWP deckt bei der Veröffentlichung ihrer Arbeitsergebnisse grundsätzlich eine große Bandbreite an Publikationsformen ab. Bei den SWP-Veröffentlichungen dominieren

Aufsatzbeiträge im Eigenverlag sowie Zeitschriftenaufsätze, jedoch gehören auch Monographien zum Veröffentlichungsspektrum der Einrichtung.

Die Veröffentlichungspraxis der SWP bewegt sich grundsätzlich im Spannungsfeld zwischen Nutzerorientierung, Fach- und allgemeine Öffentlichkeit. Dabei ergibt sich das Problem, dass die für die Nutzer aus Regierung und Parlament bestimmten schriftlichen SWP-Produkte nicht in ausreichendem Maße in die „scientific communities“ durchdringen, obwohl die behandelten Themen teilweise von hoher wissenschaftlicher Relevanz sind, wie es zum Beispiel bei den Forschungsergebnissen im Zuge des Projekts „Arabischen Eliten“ der Fall ist. Die mangelnde fachwissenschaftliche Rezeption der SWP-Forschungen schlägt sich unter anderem in einem geringen Anteil an Beiträgen in referierten Zeitschriften nieder. Lediglich 20 Veröffentlichungen erschienen 2002 bis 2004 in einer referierten Zeitschrift. Die SWP sollte daher prüfen, inwiefern Forschungsergebnisse von allgemeinem wissenschaftlichem Interesse in stärkerem Maße auch in referierten Fachzeitschriften veröffentlicht werden können.

Die Vielfalt an schriftlichen SWP-Produkten zeigt, dass die Frage der Ergebnispräsentation in den letzten Jahren institutsintern intensiv diskutiert und versucht wird, die Veröffentlichungsformen an die Interessen der verschiedenen Nutzergruppen anzupassen. So erscheinen beispielsweise die SWP-Studien seit einiger Zeit in einer kompakteren Form, um gleichermaßen Nutzer aus dem Bereich der Politik und der Wissenschaft zu erreichen. Die Anpassung der Veröffentlichungsformen an die Nutzerinteressen und an technische Neuerungen bleibt aber eine beständige Aufgabe für die SWP. So verfügt das Institut mit den SWP-Studien zwar über ein Produkt, das auf Seite der Nutzer in Regierung und Parlament sehr gut eingeführt ist. Es gibt jedoch keine entsprechende Publikationsreihe der SWP, die sich verstärkt an die akademische Fachöffentlichkeit wendet. Von der Herausgabe einer eigenen Zeitschrift sollte aufgrund des damit verbundenen technischen und personellen Aufwands allerdings auch zukünftig abgesehen werden. Demgegenüber könnte aber die Herausgabe eines Jahrbuchs möglicherweise den Mangel an einer primär fachwissenschaftlichen Publikationsreihe ausgleichen. Voraussetzung für ein SWP-Jahrbuch wäre, dass die Beiträge weniger retrospektiv Themen des abgelaufenen Jahres behandelten, sondern prospektiv einen Ausblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen lieferten.

B.V. Kooperationen

Das dichte Netz an nationalen und internationalen Kooperationspartnern unterstreicht die zentrale Rolle und das hohe Ansehen der SWP als wissenschaftliche Beratungseinrichtung für internationale Politik und Sicherheit. Die SWP unterhält enge wissenschaftliche Kontakte zu Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie außen- und sicherheitspolitischen Instituten des In- und Auslands. Die Kontakte reichen von Forschungs- und Lehrkooperationen bis hin zu Personalaustausch in Form von Abordnungen.

Im Hinblick auf die Kontakte zu Hochschulen zeichnet sich die SWP neben der regen Teilnahme an den Europäischen Universitätsnetzwerken im Zuge des 6. EU-Rahmenprogramms besonders durch eine große Anzahl von Lehr- und Forschungsoperationen insbesondere mit den Berliner Universitäten aus. Ein Großteil der SWP-Doktoranden wird von Hochschullehrenden der beiden Berliner Universitäten betreut, Mitarbeiter der SWP bieten im größeren Umfang Lehrveranstaltungen an den Hochschulen an. Zudem plant die Freie Universität zu Berlin den Einbezug der SWP in das beantragte Exzellenzcluster „global governance“. Diese vielfältigen Verbindungen zeigen, dass die SWP seit ihrem Umzug mittlerweile gut mit der Berliner Hochschullandschaft vernetzt ist.

Dennoch sollten die bereits bestehenden Hochschulkooperationen noch ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob zukünftig eine gemeinsame Berufung der Leitung der SWP mit einer Berliner Universität möglich und sinnvoll ist. Auch könnte die Einführung von regelmäßigen Forschungssabbaticals für SWP-Mitarbeiter die Forschungsoperation zwischen der SWP und den Universitäten stärken.

Mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen des In- und Auslands pflegt die SWP ähnlich wie im Fall der Universitäten ebenfalls intensive Beziehungen. Enge Forschungsoperationen bestehen vor allem zu Partnerinstituten des englischsprachigen Auslands. Demgegenüber sind die internationalen Kontakte zu Einrichtungen des osteuropäischen Raums unterentwickelt und bedürfen zukünftig der Intensivierung. Im Hinblick auf Kooperationen mit nationalen außeruniversitären Einrichtungen ist die SWP um die Vermeidung von redundanter Forschungsarbeit bemüht. So gibt es beispiels-

weise mit der DGAP eine klare Arbeitsteilung bezüglich der Politikberatung und der Konferenztätigkeit.

Zum weiteren Ausbau der Forschungskooperation sollte die SWP für die Zukunft möglichst in jeder der acht Forschungsgruppen die Stelle eines Gastwissenschaftlers einrichten, um gleichermaßen universitäre und außeruniversitäre Wissenschaftler mit internationalem Hintergrund in die SWP-Arbeit zu integrieren. Dabei sollte auch auf die disziplinäre Vielfalt des SWP-Forschungsbereichs geachtet werden.

Als vorbildlich erweist sich die SWP beim Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis internationaler Politik und Sicherheit. Mit dem derzeit geübten System der Abordnungen von SWP-Mitarbeitern an das Bundeskanzleramt und das Bundesverteidigungsministerium sowie der zeitlich befristeten Integration von Angehörigen der Teilstreitkräfte in SWP-Projekte sorgt das Institut für einen engen Austausch mit der außen- und sicherheitspolitischen Ministerialverwaltung. Damit leistet die SWP einen wichtigen Beitrag zur Lösung des grundsätzlichen Problems, Seiteneinsteigern aus Wissenschaft und Praxis administrative Karrieren auf Bundesebene zu ermöglichen und gleichzeitig den Praxisbezug der akademischen Beschäftigung mit Außenpolitik und Sicherheit zu steigern. Dieses System der Abordnungen sollte zukünftig weiter ausgebaut und über die bisher erfassten Forschungsgruppen hinaus ausgeweitet werden. Dabei ist auch in Zukunft darauf zu achten, dass abgeordnete SWP-Mitarbeiter in den jeweiligen Ressorts sowie abgeordnete Ministerial- und Bundeswehrangehörige in der SWP in thematisch geeignete Projekte integriert und mit klar umrissenen Aufgaben betraut werden.

B.VI. Zusammenfassung

Im internationalen Vergleich hat sich die SWP zu einer der führenden außen- und sicherheitspolitischen Beratungseinrichtungen entwickelt, die ihre Forschungsarbeit an den Bedingungen einer qualitativ anspruchsvollen und nutzerorientierten Politikberatung ausrichtet. Das Institut erledigt die in der Stiftungssatzung festgeschriebenen Aufgaben auf einer guten methodischen und theoretischen Grundlage. Die Rechtsform als Stiftung erlaubt dabei eine zweckorientierte Verbindung von Forschungsorientierung und Nutzerinteresse. So gewährt die Arbeits- und Themenplanung den einzelnen Mitarbeitern genügend wissenschaftliche Autonomie, ohne dass der Beratungsbedarf seitens der Politik aus dem Auge verloren geht.

Dies wird auch im bearbeiteten Themenspektrum der SWP deutlich. Das Institut deckt alle wesentlichen Bereiche der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ab. Die in den Forschungsgruppen entwickelte politik-, regional- und wirtschaftswissenschaftliche Expertise bereitet die Basis für eine Politikberatung, mit der sich die SWP mittlerweile als unentbehrlicher Seismograph für internationale Entwicklungen etabliert hat. In der Beratungsarbeit zeichnet sich das Institut insgesamt durch einen behutsamen Umgang mit den eigenen wissenschaftlichen Erkenntnissen und den daraus geronnenen praxisorientierten Empfehlungen aus. Zunehmend berücksichtigt die SWP auch die europäische Perspektive und entwickelt derzeit eine Strategie für eine europäische außen- und sicherheitspolitische Beratungsarbeit.

Verbesserungsbedarf besteht im Hinblick auf Teilaspekte der SWP-Arbeit. So ist die Verbindung der unterschiedlichen methodischen und theoretischen Ansätze in den Forschungsgruppen der SWP stellenweise noch ausbaufähig. Es bedarf hier teilweise einer engeren Verzahnung von politik-, regional- und wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen, wie sie in einigen Querschnittsprojekten ansatzweise schon gut gelungen ist. Zudem sind die prognostischen Fähigkeiten der SWP noch nicht ausreichend entwickelt. Das Gros der bearbeiteten Projekte bezieht sich auf gegenwärtige Fragen. Hier empfiehlt sich ein verstärkter Einbezug von prospektiven Themen unter anderem durch Szenarienbildung sowie durch die Weiterentwicklung des Orientierungsrahmens von zwei auf fünf Jahre.

Die gute wissenschaftsbasierte Politikberatung der SWP basiert neben einem leistungsfähigen Fachinformationsbereich vor allem auf der wissenschaftlichen Arbeit der acht thematisch gegliederten Forschungsgruppen. Die Fragestellungen sind insgesamt kohärent und überzeugend formuliert und entsprechen dem Profil der SWP als wissenschaftlicher Beratungseinrichtung für Außen- und Sicherheitspolitik. Die Themenbearbeitung erfolgt in den Gruppen weitgehend auf Grundlage aktueller theoretischer, methodischer und thematischer Diskussionen der jeweiligen „scientific community“. Dabei rezipieren die Forschungsgruppen nicht nur regelmäßig den Stand der Forschung, sondern beeinflussen teilweise auch wie im Falle der Gruppen „EU-Integration“ sowie „Naher Osten und Afrika“ die Diskussion in den einzelnen Disziplinen.

In einzelnen Fällen bleibt die Abstimmung zwischen regionalen und Querschnittsthemen jedoch verbesserungsfähig. So treten bei den Forschungsgruppen „Asien“ und

„Amerika“ übergreifende Themen zu sehr hinter die einzelnen Länderexpertisen zurück. Eine auf bessere Kohärenz angelegte Themenwahl wird hier empfohlen. Stellenweise fehlt in einzelnen Forschungsgruppen auch die methodische und theoretische Kohärenz. Während in den beiden interdisziplinären Gruppen Sicherheit und Globale Fragen die verschiedenen Herangehensweisen gut miteinander verbunden wurden, erscheinen die theoretischen Fragen in den beiden europapolitischen Forschungsgruppen noch nicht in aller Konsequenz gelöst. Zudem wird bei forschungsintensiven Vorhaben wie dem Projekt „Arabische Eliten“ der Forschungsgruppe „Naher Osten und Afrika“ kein systematisches Follow Up der Forschungsergebnisse betrieben, was sich angesichts der beachtlichen Daten und Kontakte anbietet.

Hinsichtlich ihrer Organisation baut die SWP auf leistungsfähige Strukturen auf, die ihrem Aufgabenspektrum entsprechen. Mit der Gliederung in einen Forschungs-, einem Fachinformations- und in einen Servicebereich sowie mit der Verbindung von dauerhaften Forschungsgruppen und zeitlich befristeten Projektgruppen sichert die Einrichtung gleichermaßen Kontinuität und Flexibilität in der Aufgabenwahrnehmung. Wichtige Fortschritte erzielte die Einrichtung bei der Integration von Forschungs- und Fachinformationsbereich und der Neuausrichtung der Fachinformation. Auch die Gründung eines wissenschaftlichen Beirats stellt eine richtige Entscheidung zur Stärkung des Forschungs- und Beratungsprofils der SWP dar. Jedoch sollte zukünftig auf eine stärker international ausgerichtete Besetzung des Beirats geachtet werden.

In Fragen der Organisation und der Ausstattung ergibt sich Handlungsbedarf bei einzelnen Aspekten. So sollte die bisher auf eine halbe Stelle beschränkte stellvertretende Institutsdirektorposition in eine volle Stelle umgewandelt werden, die im Sinne eines Forschungsdirektors ausschließlich auf Fragen der Forschungs koordinierung konzentriert ist. Zukünftig muss bei der Besetzung von Leitungspositionen grundsätzlich auf öffentliche Ausschreibungen geachtet sowie hausinterne Lösungen vermieden werden. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob zukünftig eine gemeinsame Berufung der Leitung der SWP mit einer Berliner Universität möglich und sinnvoll ist.

Handlungsbedarf ist auch bei der Finanz- und Personalausstattung angezeigt. So sollte sich der Zuwendungsgeber um eine Flexibilisierung des SWP-Haushalts bemühen. Dies betrifft neben der Anwendung der Kosten-Leistungsrechnung vor allem die Einführung eines Globalhaushalts. Auch sollte die Bestimmung aufgehoben werden, die von

der SWP eingeworbenen Drittmittel mit den jährlichen Zuwendungen durch das Bundeskanzleramt zu verrechnen, sofern mit diesen Kernaufgaben des Instituts finanziert werden. Die umzugsbedingt gesperrten fünf Mitarbeiterstellen sollten ab 2007 wieder freigegeben werden, so dass in einigen Forschungsgruppen der zurzeit bestehende Mitarbeitermangel behoben und die bis 2001 bestandene Position einer Forschungsprofessur wieder eingeführt werden kann.

Im Hinblick auf die Personalstruktur der SWP sind die relativ ausgeglichene Altersstruktur, ein überzeugendes Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten sowie erste Erfolge bei der Förderung von Mitarbeiterinnen hervorzuheben. Der aktuelle Anteil an befristeten Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter reicht aber nicht aus und sollte mittelfristig erhöht werden. Außerdem sollten in Zukunft Mitarbeiter vermehrt auch international rekrutiert werden.

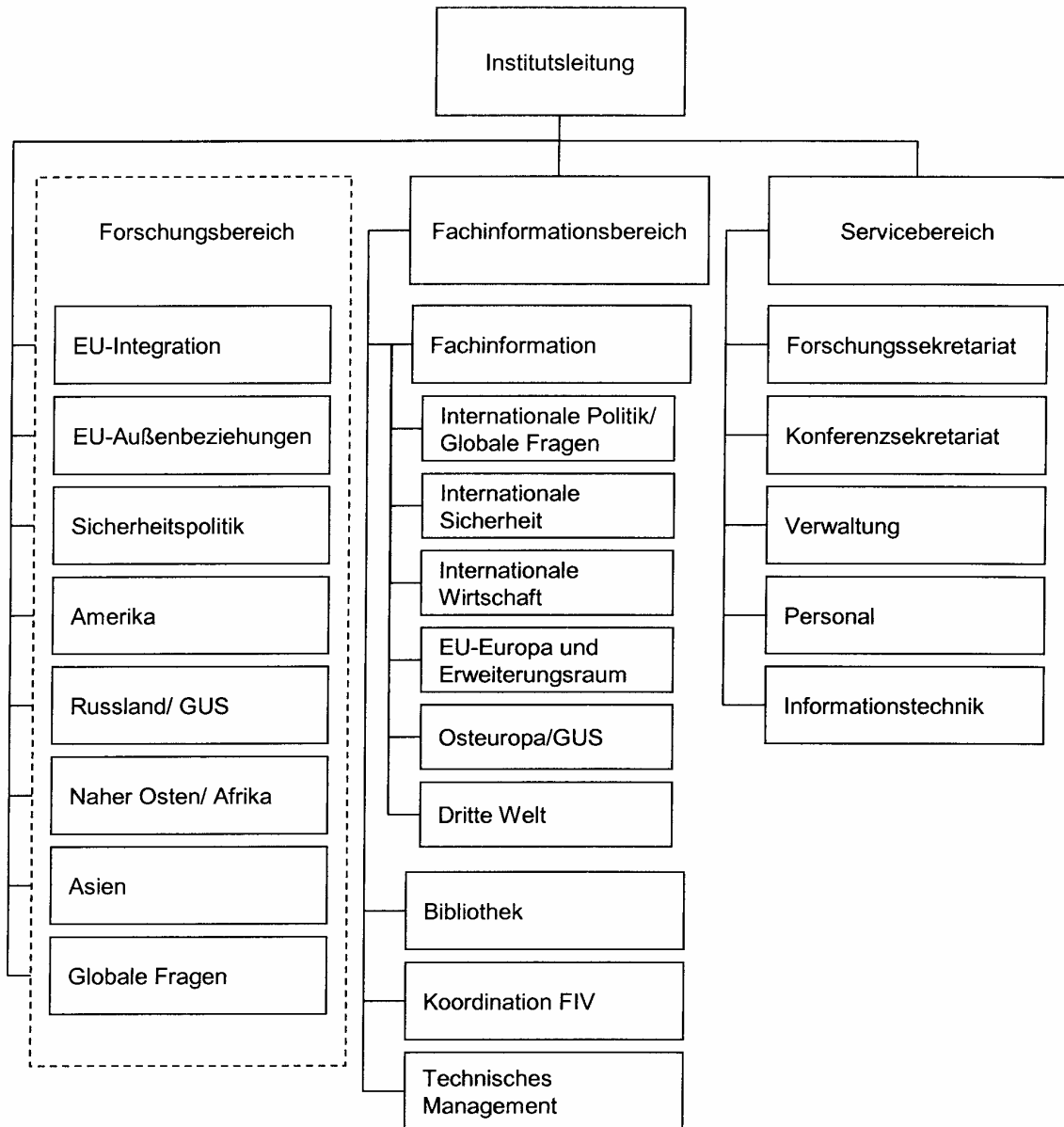
Die Veröffentlichungspraxis der SWP spiegelt die zuvor festgestellte hohe wissenschaftliche Qualität des Instituts wider. Die gute Forschungsarbeit und die darauf aufbauenden wissenschaftsbasierten Dienstleistungen werden in einer umfangreichen Publikationstätigkeit mit teilweise herausragenden Beiträgen deutlich. Die vorwiegend hohe wissenschaftliche Qualität und die beachtliche Quantität im Publikationsbereich gehen jedoch nicht mit einer angemessenen Rezeption der Beiträge in den verschiedenen „scientific communities“ einher. Die SWP-Schriften dringen aufgrund der stark anwendungsbezogenen Ausrichtung noch zuwenig in die verschiedenen Disziplinen durch. Die Erhöhung des Anteils an Beiträgen in referierten Publikationen erscheint daher notwendig. Zudem wäre die Gründung einer institutseigenen Schriftenreihe in Form eines Jahrbuchs zu überlegen, das sich primär an die Fachwissenschaft richtet. Für eine bessere Rezeption der SWP-Schriften in den Medien sollte eine zeitnahe Veröffentlichung seitens der Politik ermöglicht werden.

Die wissenschaftliche Qualität der Einrichtung schlägt sich auch in einem dichten Netz an nationalen und internationalen Forschungs-, Projekt- und Lehrkooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Hochschulen und der außen- und sicherheitspolitischen Ministerialverwaltung nieder. Die SWP konnte den Umzug nach Berlin zur Vertiefung der Forschungs- und Lehrkooperationen mit den Berliner Universitäten nutzen. Die intensiven Kontakte zwischen SWP und der außen- und sicherheitspoliti-

sehen Ministerialverwaltung ist vorbildlich für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.

Anhang

Anhang 1 Organigramm des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin



Stand: 1. Januar 2005

Anhang 2 Stellenplan des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Stellenbezeichnung	Wertigkeit der Stellen (Besoldungs- / Vergütungs- / Lohngruppe)	Zahl der Stellen insgesamt (SOLL)	davon tatsächlich besetzt (IST)
Stellen für wissenschaftliches Personal	S	2,0	2,0
	I	8,0	6,0
	Ia	16,0	12,0
	Ib	20,0	17,4
	IIa	16,0	15,8
	III	1,0	0,0
Zwischensumme		63,0	53,2
Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	I	1,0	1,0
	Ia	0,0	0,0
	Ib	3,0	3,0
	IIa	5,0	5,0
	III	4,0	3,0
	IVa	21,0	18,2
	IVb	13,0	10,0
	Vb	5,0	4,0
	Vc	1,0	0,8
	VIb	15,0	9,5
	VII	7,5	4,1
	VIII	4,0	3,0
	MTArb	4,0	3,0
Zwischensumme		83,5	64,5
I n s g e s a m t		146,5	117,8
Stand: 01. 01. 2005		144,5 (a)	113,8 (b)

(a) Verminderung Soll um zwei durch Kürzung des Stellenplans. (b) Verminderung Ist um vier durch Austritte zum 31.12.04 bzw. Verminderung der Arbeitszeitanteile zum 01.01.05.

Quelle: SWP

Anhang 3 Verteilung der Stellen für wissenschaftliches Personal in dem Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin auf die einzelnen Arbeitsbereiche (IST)

Stand: 31.12.2004

Abteilung/Arbeitsbereich	institutionelle Stellen			drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse (VZÄ)			Doktorandenstellen (inkl. Annex, Drittmittel etc.)			Stellen für wissenschaftliches Personal insgesamt		
	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt
Institutsleitung (IL)	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3,0	-	-
Forschungsbereich (FG)	49,0	7,0	9,6	15,0	15,0	-	15,0	15,0	-	79,0	37,0	9,6
Fachinformationsbereich (FI)	10,0	-	-	-	-	-	-	-	-	10,0	-	-
Servicebereich (SB)	1,0	-	0,2	-	-	-	-	-	-	1,0	-	0,2
I n s g e s a m t	63,0	7,0	9,8	15,0	15,0	-	15,0	15,0	-	93,0	37,0	9,8

Quelle: SWP

**Anhang 4 Vom Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin in den Jahren 2002
bis 2004 eingeworbene Drittmittel nach Drittmittelgebern**

Abteilung/Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in T€(gerundet)			Summe
		2002	2003	2004	
Institutsleitung	DFG	-	-	-	-
	Bund	240	280	277	797
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	38	-	-	38
	Stiftungen	23	-	-	23
	Sonstige	12	11	12	35
Summe		313	291	289	893
Forschungsgruppe I EU-Integration	DFG	-	-	-	-
	Bund	-	-	-	-
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	22	67	-	89
	Wirtschaft	-	3	-	3
	Stiftungen	-	-	3	3
	Sonstige	-	-	3	3
Summe		22	70	6	98
Forschungsgruppe II EU-Außenbeziehungen	DFG	-	-	-	-
	Bund	-	-	-	-
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	67	-	16	83
	Wirtschaft	-	-	-	-
	Stiftungen	-	27	15	42
	Sonstige	0	-	4	4
Summe		67	27	35	129
Forschungsgruppe III Sicherheitspolitik	DFG	-	-	-	-
	Bund	3	-	42	45
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	14	-	14
	Stiftungen	2	37	48	87
	Sonstige	5	15	-	20
Summe		10	66	90	166
Forschungsgruppe IV Amerika	DFG	-	-	-	-
	Bund	-	-	-	-
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	-	-	-
	Stiftungen	165	35	115	315
	Sonstige	-	-	-	-
Summe		165	35	115	315

Abteilung/Arbeitsbereich	Drittmittelgeber	Drittmittel in T€(gerundet)			Summe
		2002	2003	2004	
Forschungsgruppe V Russische Föderation und GUS	DFG	-	-	-	-
	Bund	-	-	-	-
	Land/Länder	3	-	-	3
	EU	0	-	-	-
	Wirtschaft	0	-	-	-
	Stiftungen	35	51	-	86
	Sonstige	-	-	-	-
Summe		38	51	-	89
Forschungsgruppe VI Nahe Osten und Afrika	DFG	-	-	-	-
	Bund	13	26	5	44
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	50	36	86
	Wirtschaft	-	-	6	6
	Stiftungen	11	56	58	125
	Sonstige	-	-	-	-
Summe		24	132	105	261
Forschungsgruppe VII Asien	DFG	-	-	-	-
	Bund	131	43	35	209
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	-	-	-
	Stiftungen	-	-	-	-
	Sonstige	4	-	-	4
Summe		135	43	35	213
Forschungsgruppe VIII Globale Fragen	DFG	-	-	17	17
	Bund	7	-	-	7
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	-	-	-
	Stiftungen	155	157	137	449
	Sonstige	-	-	-	-
Summe		162	157	154	473
Fachinformation	DFG	7	7	7	21
	Bund	-	-	-	-
	Land/Länder	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	-	-	-
	Stiftungen	-	-	-	-
	Sonstige	-	-	-	-
Summe		7	7	7	21
SWP insgesamt	DFG	7	7	24	38
	Bund	394	349	359	1.102
	Land/Länder	3	-	-	3
	EU	89	117	52	258
	Wirtschaft	38	17	6	61
	Stiftungen	391	363	376	1.130
	Sonstige	21	26	19	66
Insgesamt		943	879	836	2.658

Quelle: SWP

Anhang 5 Von dem Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin eingereichte Unterlagen

- Antworten der SWP und des Bundeskanzleramts auf den Fragebogen des Wissenschaftsrates vom Februar 2005
- Antworten der SWP auf den Fragebogen des Wissenschaftsrates vom Mai 2005
- Organigramm der SWP
- Satzung der Stiftung Wissenschaft und Politik, Stand: November 2000
- Geschäftsordnung der Stiftung Wissenschaft und Politik, Stand: Dezember 2000
- Allgemeine Verfahrensordnung der SWP (AVO), Stand: November 2000
- 40. Sachbericht für die Zeit vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004, Stand: 29. Januar 2005
- Orientierungsrahmen für die Forschung 2003/2004, Stand: Dezember 2002
- Orientierungsrahmen für die Forschung 2005/2006, Stand: November 2004
- Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2004
- Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2005
- Übersicht über Internationale Konferenzen 2002–2004
- Stellenplan und Stellenverteilungsplan sowie Liste der Mitarbeiter im wissenschaftlichen Bereich
- Übersicht über Einladungen der Mitarbeiter zu internationalen Konferenzen
- Geschäftsordnung für den Forschungsbeirat der SWP
- Mitgliederliste des Forschungsbeirates der SWP
- Protokoll der konstituierenden Sitzung des Forschungsbeirates der SWP vom 6. April 2005
- Bericht über die 79. Sitzung des Stiftungsrats der Stiftung Wissenschaft und Politik
- Evaluationsbericht der Abteilung Fachinformation (FI) der SWP vom 15. Dezember 2004
- Evaluationsbericht des Forschungsbereichs (FB) der SWP 2003
- Liste der SWP Publikationen 2002-2004 nach Abteilungen und quantitative Übersicht
- Übersicht über die extramural vergebenen Forschungsprojekte der SWP nach Programmschwerpunkten und Höhe der Bewilligungen 2002-2004
- Übersicht über die von SWP-Mitarbeitern abgehaltenen Lehrveranstaltungen 2002-2004

- Übersicht über Kooperationen der SWP mit Universitäten 2002-2004
- Übersicht über Kooperationen der SWP mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen 2002-2004
- Übersicht über Organisationen, in deren Gremien Mitarbeiter der SWP tätig sind

Abkürzungsverzeichnis

BIOST	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
C.A.P.	Centrum für Angewandte Politikforschung, München
CER	Centre for European Reform, London
CERI	Centre d'Etudes et de Recherches, Paris
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EINIRAS	European Information Network International Relations and Area Studies
FG	Forschungsgruppe
FI	Fachinformationsbereich
FIV	Fachinformationsverbund
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
HSFK	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
IBLK	Datenbank Internationale Beziehungen und Länderkunde
ifri	Institut Français des Relations Internationales, Paris
IID	Institut für Information und Dokumentation, Potsdam
INTACT	International Network to Advance Climate Talks
RIIA	Royal Institute for International Affairs (RIIA), London
SOI	Südost-Institut, München
SWP	Deutsches Institut für Internationale Sicherheit und Politik, Berlin
TFPD	Transatlantic Foreign Policy Discourse